

Leibniztag

**Festsitzung am 3. Juli 2010
im Konzerthaus am Gendarmenmarkt**

Grußansprache des Präsidenten Günter Stock

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Husung,
sehr geehrte Frau Fugmann-Heesing,
sehr geehrte Herren Präsidenten der Universitäten und Forschungsinstitutionen
sowie der befreundeten und mit uns verbundenen Akademien,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle herzlich zum diesjährigen Leibniztag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Insbesondere möchte ich auch die hier anwesenden Schülerinnen und Schüler begrüßen, die wir – traditionsgemäß – zum nunmehr fünften Mal zur Festsitzung der Akademie eingeladen haben. Und nicht zuletzt möchte ich auch die Gestalterinnen und Gestalter dieses Festaktes sehr herzlich willkommen heißen und sogleich zum Programm des heutigen Vormittags übergehen.

Wir beginnen mit der höchsten Auszeichnung, welche die Akademie vergeben kann, nämlich die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft, mit der in diesem Jahr Gerhard Ertl und Harald zur Hausen ausgezeichnet werden. Herr zur Hausen kann heute wegen einer bereits seit langem feststehenden, unaufschiebbaren Auslandsreise leider nicht bei uns sein. Um so mehr hat uns daher gefreut, dass wir Herrn zur Hausen die Ehrenmitgliedschaft bereits vor zwei Tagen im Rahmen einer kleinen Feierstunde persönlich in der Akademie haben verleihen können.

Danach habe ich die Ehre, zunächst die Helmholtz-Medaille an Niels Birbaumer und alsdann die Leibniz-Medaille an Klaus Tschira zu verleihen.

Im Anschluss daran wird Jochen Brüning als Vorsitzender der Preisträgerfindungskommission unserer Akademie Michael Kramer mit dem Akademiepreis auszeichnen.

Im Berliner Wissenschaftsjahr 2010, unserem Jubiläumsjahr, auf das ich in meinem „Bericht“ noch näher eingehen werde, freuen wir uns ganz besonders, dass unser Gründungsmitglied Christian Meier den Festvortrag übernommen hat. Als Vorsitzender der Anfang 1991 eingesetzten Planungsgruppe war Herr Meier maßgeblich an der Konzipierung und Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften als einer interdisziplinär orientierten (Arbeits-)Akademie neuen

Typs beteiligt, deren heutige Gestalt, Struktur und Verfasstheit sich nicht zuletzt seinem hohen Sachverstand, seinem klugen Weitblick und seinem Mut verdanken.

Der Festvortrag wird von zwei musikalischen Intermezzi gerahmt: Für das musikalische Programm konnten wir in diesem Jahr die Sopranistin Brigitte Geller gewinnen, die langjähriges Ensemble-Mitglied der Komischen Oper Berlin ist. Sie wird von Ulrike Sosa auf dem Flügel begleitet. Wir hören heute Lieder von Hugo Wolf, Johannes Brahms und Wolfgang Amadeus Mozart. Im Anschluss daran wird Vizepräsident Klaus Lucas die neuen Mitglieder der Akademie vorstellen.

Gestatten Sie mir nun einige Worte zu unserem Festredner Christian Meier, auch wenn er vielen von Ihnen bestens bekannt sein dürfte: Herr Meier ist emeritierter Professor für Alte Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er war seit 1966 ordentlicher Professor an den Universitäten Basel, Köln, wiederum Basel, Bochum und schließlich – von 1981 bis zu seiner Emeritierung – in München.

Christian Meier kann als einer der wohl bekanntesten Historiker Deutschlands bezeichnet werden, der weit – nicht zuletzt auch als politischer Publizist – über die Grenzen seines Faches hinaus in den gesellschaftlichen und öffentlich-politischen Raum hineinwirkt und Einfluss nimmt. Darüber hinaus war er langjähriger Vorsitzender des deutschen Historiker-Verbandes und überdies von 1996 bis 2002 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt.

Für seine wissenschaftliche Arbeit wurde er hochgeehrt: So erhielt er u.a. 2003 den Jacob-Grimm-Preis Deutsche Sprache; 2007 wurde er mit dem Reuchlin-Preis und erst im vergangenen Jahr mit der Lichtenberg-Medaille der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen ausgezeichnet. 2006 wurde Herrn Meier das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, die höchste Auszeichnung der Republik auf diesen Gebieten, verliehen.

Christian Meier hat zahlreiche Werke zur Antike veröffentlicht, die auch einem breiteren Publikum bekannt geworden sind – exemplarisch genannt seien *Res publica amissa* (1966) – eine grundlegende Studie zur Verfassung und Geschichte der späten Römischen Republik, welche die internationale Forschungsdiskussion entscheidend geprägt hat –, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen* (1980), *Caesar* (1982) – eine kunstvolle Verknüpfung der biographischen Erzählung mit einer strukturge-schichtlichen Darstellung – und *Athen* (1993).

Seine Publikationen *Das Verschwinden der Gegenwart. Über Geschichte und Politik* (2001) sowie *Von Athen bis Auschwitz* (2002) legen Zeugnis ab von seiner aktiven Gestaltung öffentlicher Debatten, wie auch seine jüngst erschienene Veröffentlichung mit dem Titel *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns*. Heute spricht Christian Meier über das Thema „Vom Mitkommen der Bürger in der Demokratie“.

Lieber Herr Meier, wir sind sehr dankbar, dass Sie heute einmal mehr in Ihre Akademie gekommen sind und uns mit Ihrem Festvortrag einen erneuten Beweis Ihrer Form der Einmischung liefern und an der Formung gesellschaftspolitischer Debatten teilnehmen lassen.

Zunächst aber – entsprechend unserem Programm – möchte ich die höchsten Auszeichnungen, welche unsere Akademie zu vergeben hat, verleihen.

Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Gerhard Ertl durch Präsident Günter Stock

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften verleiht Herrn Professor Dr. rer. nat. Dr. h.c. mult. Gerhard Ertl ihre Ehrenmitgliedschaft in Anerkennung seiner außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen.

Gerhard Ertl wurde 1936 in Stuttgart geboren. Er studierte Physik in Stuttgart, Paris und München, wo er 1965 auch zum Dr. rer. nat. promoviert wurde. Zwei Jahre später habilitierte er sich und wurde 1968 zum Professor und Direktor am Institut für Physikalische Chemie der Technischen Hochschule Hannover (heute Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover) ernannt. 1973 ging er für die folgenden 13 Jahre nach München zurück und wurde ordentlicher Professor und Direktor am Institut für Physikalische Chemie der Ludwig-Maximilians-Universität. 1986 wechselte er nach Berlin, wo er zum Direktor der Abteilung für Physikalische Chemie am traditionsreichen Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft berufen wurde. 2004 wurde er emeritiert.



Gerhard Ertl ist einer der bedeutendsten Chemiker unserer Zeit. Zu seinen Hauptarbeitsgebieten gehören die Chemie und Physik von Oberflächen und das umfassende Phänomen der heterogenen Katalyse, deren physikalische Begründung er revolutionierte. Obwohl ein Großteil der Prozesse in der chemischen Industrie auf der Anwendung der heterogenen Katalyse beruht, hielt die physikalische Durchdringung des Phänomens und das Verständnis seiner atomaren Grundlagen nicht mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt. Die Aufklärung der Elementarschritte dieser Reaktion und der atomaren Struktur war deshalb ein zentrales Ziel der Katalyseforschung.

Ein Problem dieser Größenordnung, das einen Paradigmenwechsel zu seiner Lösung erforderte, reizte Gerhard Ertl. Mit klassischen Arbeiten, die eindeutige Oberflä-

chenstrukturen mit exakten Informationen über deren Wechselwirkung mit Wasserstoff verbinden, lieferte er Eichmarken für die theoretische Beschreibung katalytischer Prozesse. Durch Entwicklung, Nutzbarmachung und Nutzung von Methoden der Oberflächenphysik konnte er die Ammoniak-Synthese und gleichzeitig die komplexe Struktur des Eisenkatalysators aufklären und korrekt beschreiben. Seine Arbeiten zur Katalysatorforschung haben wesentlich dazu beigetragen, dass viele weitgehend unverstandene Prozesse der technischen Katalyse im Ansatz aufgeklärt werden konnten. Die Erkenntnisse, die aus seiner Arbeit gewonnen werden konnten, sind für viele wirtschaftlich genutzte Prozesse von großer Bedeutung: So wurden erst durch seine Forschung die Vorgänge in den Katalysatoren von Autos vollständig nachvollziehbar.

Durch die außergewöhnliche Qualität seiner Arbeiten hat sich Gerhard Ertl großes Ansehen und unumstrittene internationale Autorität erworben. Gastprofessuren führten ihn bereits früh in die USA. Er ist Honorarprofessor aller drei Berliner Universitäten und Ehrenmitglied der Technischen Universität Berlin. In Anerkennung seiner vielfältigen und bedeutenden Verdienste um die Wissenschaft wurde er mit vielen deutschen und internationalen Preisen, wie dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem israelischen Wolf Foundation Prize in Chemistry, dem Japan Prize sowie mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern geehrt. Darüber hinaus ist er Mitglied zahlreicher deutscher und ausländischer Akademien der Wissenschaften und wurde mit einer Vielzahl von Ehrendoktoraten ausgezeichnet. 2007 schließlich erhielt Gerhard Ertl den ungeteilten Nobelpreis für Chemie „für seine Untersuchungen chemischer Prozesse auf festen Oberflächen“.

Als langjähriger Direktor des Fritz-Haber-Instituts machte er Berlin zu einem anerkannten Standort der Katalysatorforschung. Herr Ertl und seine Kollegen haben die Berliner Universitäten stets als Partner auf diesem Weg gesehen und insbesondere das Exzellenzcluster auf dem Gebiet der Katalyse sowie mehrere Sonderforschungsbereiche initiiert. Darüber hinaus war Gerhard Ertl nicht nur ein gefragter Ratgeber bei der Neustrukturierung der naturwissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin nach 1989, sondern er hat sich auch als Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bleibende Verdienste erworben.

Indem die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Gerhard Ertl ihre Ehrenmitgliedschaft verleiht, würdigt sie zum einen seine außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen bei der Erforschung der Grundlagen der Katalyse. Zum anderen stellt die Auszeichnung auch eine Wertschätzung seiner Verdienste um die Förderung der Naturwissenschaften in der Hauptstadtregion sowie seines herausragenden Engagements beim Aufbau der Akademie als Gründungsmitglied und erster Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse dar.

Gerhard Ertl bedankte sich in kurzen Worten herzlich für die große Ehrung.

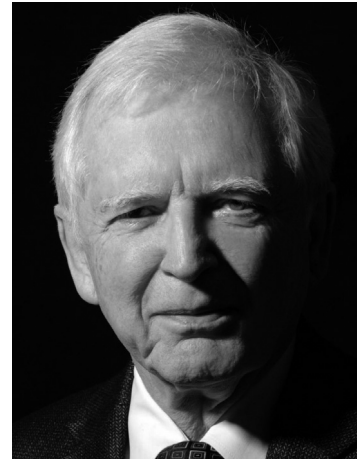
Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Harald zur Hausen durch Präsident Günter Stock

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften verleiht Herrn Professor Dr. med. Dr. h.c. mult. Harald zur Hausen ihre Ehrenmitgliedschaft in Anerkennung seiner außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen.

Harald zur Hausen ist ein Pionier der medizinischen Virologie. Er wurde 1936 in Gelsenkirchen-Buer geboren und studierte Medizin und Biologie in Bonn, Hamburg und Düsseldorf, wo er 1960 zum Dr. med. promoviert wurde. Nach Stationen als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hygiene und Mikrobiologie der Universität Düsseldorf sowie als Assistant Professor an der University of Pennsylvania, Philadelphia (USA), habilitierte er sich 1969 für das Fach Virologie an der Universität Würzburg. Von 1972 bis 1977 hatte er den Lehrstuhl und die Leitung des Instituts für Klinische Virologie an der Universität Erlangen-Nürnberg inne, 1977 übernahm er den Lehrstuhl für Virologie und Hygiene an der Universität Freiburg im Breisgau. Von 1983 bis zu seiner Emeritierung 2003 war er Vorsitzender und Wissenschaftliches Mitglied des Stiftungsvorstandes des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg. Darüber hinaus ist er seit 1988 Honorar-Professor an der Universität Heidelberg. Anfang 2010 hat Harald zur Hausen das Amt des Präsidenten der Deutschen Krebshilfe e.V. übernommen.

Das vorrangige Forschungsinteresse Harald zur Hausens gilt seit langem dem Einfluss von Viren bei der Tumorentstehung. Bereits vor mehr als dreißig Jahren vermutete er gegen die herrschende Lehrmeinung einen Zusammenhang zwischen Infektionen mit humanen Papilloma-Viren (HPV) und Gebärmutterhalskrebs. Anfang der 1980er Jahre konnte er mit seiner Arbeitsgruppe erstmals die Virentypen HPV 16 und HPV 18 aus einer Gebärmutterhalskrebsprobe isolieren – eine medizinische Sensation. Seine



Entdeckung führte zur Charakterisierung der natürlichen Geschichte der HPV-Infektion, zu einem Verstehen der Mechanismen der HPV-ausgelösten Krebsentstehung und zur Entwicklung vorbeugender Impfstoffe gegen eine Ansteckung mit humanen Papilloma-Viren. Der auf Grundlage seiner Forschungsergebnisse entwickelte Impfstoff eröffnet völlig neue Perspektiven der Prävention und ist zugleich auch ein eindrucksvolles Beispiel für erfolgreichen Technologietransfer aus der Grundlagenforschung.

Neben seinen herausragenden wissenschaftlichen Leistungen, mit denen Harald zur Hausen in geradezu revolutionärer Weise ein überkommenes medizinisches Dogma brach, ist er auch stets ein begeisternder akademischer Lehrer gewesen. Darüber hinaus entwickelte sich das Deutsche Krebsforschungszentrum unter seiner Ägide und Führung innerhalb weniger Jahre zu einer Institution mit internationaler Geltung und Ausstrahlung: Er erweiterte die Zusammenarbeit des Deutschen Krebsforschungszentrums mit Universitätskliniken, und die klinischen Kooperationseinheiten sichern so die Verzahnung von Grundlagenforschung und klinischer Medizin, so dass Forschungsergebnisse so schnell wie möglich in die Praxis übertragen werden können.

Zahlreiche Ehrendokorate und Mitgliedschaften in- und ausländischer Akademien der Wissenschaften – u.a. war er auch Vizepräsident der Leopoldina – zeugen von der hohen Wertschätzung, die diesem Forscher seit Jahrzehnten entgegengebracht wird. Seine wissenschaftlichen Leistungen sind mit hohen Ehrungen wie u.a. dem Robert-Koch-Preis (1975), dem Paul Ehrlich- und Ludwig Darmstaedter-Preis (1994), dem Großen Bundesverdienstkreuz (2004), dem thailändischen Prince Mahidol Award (2006) und dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern (2009) gewürdigt worden.

Im Jahr 2008 schließlich wurde Harald zur Hausen für seine Entdeckung, dass humane Papilloma-Viren Gebärmutterhalskrebs auslösen, die höchste wissenschaftliche Auszeichnung zuteil, der Nobelpreis für Physiologie oder Medizin.

Mit der Verleihung ihrer Ehrenmitgliedschaft würdigt die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Harald zur Hausens außerordentliche wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Krebsforschung, die einen entscheidenden Durchbruch bei der Aufklärung und Bekämpfung dieser heimtückischen Krankheit darstellen und wirksame Wege zur Vorsorge eröffnet haben.

Verleihung der Helmholtz-Medaille an Niels Birbaumer durch Präsident Günter Stock

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Helmholtz-Medaille wird in diesem Jahr an Herrn Professor Dr. phil. Dr. h.c. Niels Birbaumer in Anerkennung seiner überragenden wissenschaftlichen Leistungen verliehen.

Niels Birbaumer wurde 1945 in Ottau (Tschechische Republik) geboren und studierte Psychologie, Statistik und Physiologie an der Universität Wien, wo er 1969 mit einer Arbeit über „Das EEG bei Blindgeborenen“ zum Dr. phil. promoviert wurde. 1975 habilitierte er sich in Physiologischer Psychologie und nahm einen Ruf auf das Ordinariat Klinische und Physiologische Psychologie der Universität Tübingen an. Seit 1993 ist er an der dortigen Medizinischen Fakultät Ordinarius für Medizinische Psychologie und Verhaltensneurobiologie sowie Leiter des Zentrums für Magnetenzephalographie.

Herr Birbaumer ist einer der namhaftesten und international bekanntesten deutschsprachigen Neurowissenschaftler, der sich seit Jahrzehnten mit großem Erfolg und hoher Produktivität der Biologischen Psychologie und der Erforschung der Plastizität des menschlichen Gehirns widmet. Er ist einer der Wegbereiter einer interdisziplinären Verknüpfung von Medizin und Psychologie. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Neuroprothetik (*Brain-Computer-Interfaces*), Neuroimaging von Lernprozessen und Emotionen, die Verhaltensmedizin in der Neurologie, die Neurobiologie chronischer Schmerzen, Lernprozesse und der Plastizität des Gehirns sowie die Neurophysiologie der Musik.

Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt entdeckte Niels Birbaumer mit seiner damaligen Arbeitsgruppe, dass sich die hirnelektrische Aktivität mittels Rückmeldung (das sog. *Bio-Feedback*) gezielt beeinflussen lässt – ein zunächst als Grundlagenerkenntnis publiziertes Forschungsergebnis, das dann von ihm sehr erfolgreich auf klinische Anwendungen, beispielsweise auf die Therapie von Epileptikern mit einer Reduzierung der Anfallshäufigkeit, übertragen wurde. Als spektakulärer erwies sich sodann die Übertragung auf das sog. *Brain-Computer-Interface*, bei dem schwerstbeeinträchtigte Patienten, die über keinerlei motorische Möglichkeiten mehr verfügen, ihre hirnelektrische Aktivität so beeinflussen, dass damit Computer gesteuert werden

und sie mit ihrer Umwelt noch kommunizieren können. Diese beeindruckenden Arbeiten wurden von Herrn Birbaumer, der zu zahlreichen Fachkongressen als Key Note-Speaker eingeladen wurde, hochkarätig (u.a. in der Zeitschrift *Nature*) publiziert, so dass ihnen auch eine hohe internationale Anerkennung beschieden war.

Neben seinen zentralen Forschungsthemen hat Niels Birbaumer eine große Zahl unterschiedlicher Forschungsthemen initiiert und vorangetrieben, so unter anderem zur Frage der Reorganisation der kortikalen Repräsentationen bei Amputierten und Schmerzpatienten, zur kortikalen Repräsentation von Funktionen, die beim Kopfrechnen relevant sind, oder zur Neuropsychologie von Kleinhirnpatienten.

Von seiner hoher Produktivität und Kreativität als Forscher zeugen bis dato mehr als 500 intensiv rezipierte wissenschaftliche Publikationen in internationalen Fachzeitschriften; darüber hinaus ist er Autor und Herausgeber wissenschaftlicher Bücher in englischer, deutscher und italienischer Sprache. Sein mit R.F. Schmidt verfasstes Lehrbuch *Biologische Psychologie* avancierte zu einem Standardwerk, das in zahlreichen Ausbildungsgängen der Psychologie, Biologie und Neurowissenschaften grundlegend geworden ist.

Gastprofessuren, die von der internationalen Anerkennung seiner Leistungen zeugen, führten Niels Birbaumer, der zweifelsohne als Mentor der deutschen Verhaltensmedizin bezeichnet werden kann, unter anderem bereits früh an die University of Wisconsin/ Madison, die Pennsylvania State University sowie an die angesehenen National Institutes of Health (NIH, Bethesda/ USA) und an die Universität Padua. Als einer der Ersten wurde er 1995 mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet; 2010 verlieh ihm die Friedrich-Schiller-Universität Jena die Ehrendoktorwürde. Des Weiteren ist er Mitglied der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften.

Indem die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Professor Niels Birbaumer mit der Helmholtz-Medaille als der höchsten ihr zur Verfügung stehenden Auszeichnung ehrt, würdigt sie sein wissenschaftliches Gesamtwerk auf dem Gebiet der Biologischen Psychologie, insbesondere auch bei der Erforschung der Plastizität des menschlichen Gehirns.

Verleihung der Leibniz-Medaille an Klaus Tschira durch Präsident Günter Stock

Die Leibniz-Medaille wird in diesem Jahr verliehen an Herrn Drs. h.c. Klaus Tschira in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Förderung der Wissenschaften.

Klaus Tschira wurde 1940 in Freiburg im Breisgau geboren. Er studierte Physik an der Technischen Hochschule Karlsruhe, wo er 1966 auch diplomiert wurde. Zunächst als Systemberater bei IBM Deutschland tätig, gründete er 1972 gemeinsam mit vier weiteren Kollegen das heutige Software-Unternehmen SAP AG, einer der weltweit führenden Anbieter von Unternehmenssoftware und integrierten Softwarelösungen. 1998 zog er sich aus dem operativen Geschäft bei SAP zurück und wechselte für die folgenden neun Jahre in den Aufsichtsrat des Konzerns.

Bereits 1995 hatte Klaus Tschira die nach ihm benannte und in Heidelberg ansässige gemeinnützige Stiftung gegründet – eine der größten Europas, die mit privaten Mitteln ausgestattet wurde. Sein Ziel ist es, Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik sowie deren Wertschätzung in der Öffentlichkeit zu fördern. Die Ausschreibung des Klaus Tschira Preises für verständliche Wissenschaft „KlarText!“ – seit 2008 unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft – gehörte zu seinen ersten, vielfältigen Aktivitäten als Stifter. Zudem veranstaltet die Stiftung Fortbildungskurse für Naturwissenschaftler, Mathematiker, Ingenieure und Informatiker, welche die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Öffentlichkeit fördern sollen. Weitere Schwerpunkte der Stiftungsarbeit bilden die „Faszination Naturwissenschaft“ für Kinder und Jugendliche sowie die Forschung für die Gesellschaft. Das bundesweite Engagement beginnt im Kindergarten und setzt sich in Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen fort: Exemplarisch genannt seien die naturwissenschaftlichen Erlebnistage „Explore Science“ in Mannheim oder die „Forscherstation“ – das Klaus-Tschira-Kompetenzzentrum für frühe naturwissenschaftliche Bildung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

Mit Blick auf die Forschung unterstützt die Stiftung hauptsächlich von ihr selbst initiierte Vorhaben. Zu diesem Zweck initiierte Klaus Tschira 1997 das European Media Laboratory GmbH (EML), ein Unternehmen, das forschungsnahe IT-Dienstleistungen von der Auftragsforschung über die Entwicklung innovativer IT-Lösungen bis hin zu Beratung und Schulung anbietet. Unter dem Motto „Think Beyond the Limits!“ arbeiten mehr als 40 Forscher im EML an verschiedenen Projekten der angewandten

Informatik. Sie entwickeln Systeme, die später als intuitiv nutzbare Wissensquellen für private Nutzer und Wissenschaftler gleichermaßen dienen sollen. Mit „Virtual Heidelberg“ sollen beispielsweise Zeitreisen in die Vergangenheit der Heidelberger Altstadt möglich werden; weitere Schwerpunkte liegen in der Bioinformatik und in mobilen Assistenzsystemen. Im Jahr 2003 schließlich wurde die gemeinnützige EML Research GmbH – seit 2010 Heidelberger Institut für Theoretische Studien (HITS) – ins Leben gerufen, in die alle diejenigen Forschungsaktivitäten des ursprünglichen EML verlagert wurden, die in Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor allem langfristige, im Grundlagenbereich angesiedelte Ziele und Projekte verfolgen.

Darüber hinaus fördert die Klaus Tschira Stiftung Forschung auf den entsprechenden Feldern durch klassische Instrumente wie Stiftungsprofessuren, Nachwuchsgruppen, Stipendien, Tagungen oder Laborbauten (z.B. in Gestalt des Mannheimer Klaus-Tschira-Labors für physikalische Altersbestimmung).

2008 gründete Klaus Tschira gemeinsam mit seiner Ehefrau die Gerda und Klaus Tschira Stiftung, welche die Wilhelm-Ostwald-Gedenkstätte im sächsischen Großbothen weiterführt. Die Stiftung pflegt nicht nur das Gedenken an den Chemie-Nobelpreisträger durch den Aufbau eines Museums, sondern eröffnet vor allem auch jungen Menschen den Zugang zu den Naturwissenschaften – ein weiteres herausragendes Beispiel für privates Engagement in den Wissenschaften.

In Anerkennung seiner Verdienste wurde Klaus Tschira die Ehrendoktorwürde des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) und der Universität Klagenfurt verliehen. Er ist Mitglied in Gremien mehrerer Max-Planck-Institute sowie Ehrenszenator der Universitäten Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe und der PH Heidelberg. Darüber hinaus wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. 1999 erhielt er den Deutschen Stifterpreis.

Indem die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Dr. Klaus Tschira ihre Leibniz-Medaille verleiht, würdigt sie seine großen Verdienste um die Förderung der Wissenschaften – namentlich als Mäzen der wissenschaftlichen Spitzenforschung, bei der Förderung von *Public Understanding of Science* und ganz besonders auch bei der Gewinnung von Nachwuchs im Bereich der Naturwissenschaften, der Mathematik und Informatik.

Dankesworte von Klaus E. Tschira nach der Verleihung der Leibniz-Medaille

Sehr geehrter Herr Präsident Günter Stock,
sehr geehrte Würdenträger,
meine Damen und Herren!

Für die ehrenvolle Verleihung der Leibniz-Medaille danke ich Ihnen, Herr Präsident, allen Gremien, die daran beteiligt waren und dem oder der Unbekannten, der oder die mich vorgeschlagen hat, recht herzlich. Ich weiß diese Ehrung gar wohl zu schätzen. Die Auszeichnung durch die BBAW erfüllt mich mit Stolz. Immerhin schmückt sich die Akademie mit 78 Nobelpreisträgern und führt ihre Tradition auf die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zurück, die anno 1700, also genau vor 310 Jahren, unter Mitwirkung von Gottfried Wilhelm Leibniz gegründet wurde.

Vor einigen Wochen wurde das Ergebnis der Haushaltsberatungen bekannt. Alle Ministerien sollten Einsparungen vornehmen, lediglich das BMBF von Frau Schavan nicht. Das BMBF sollte 10 Milliarden mehr erhalten. Auch wenn das Ganze sicher unter dem üblichen Haushaltsvorbehalt steht: Das erfüllte mich mit Freude.

In einem Kommentar des *Spiegel* war zu lesen, dass das BMBF wohl Schwierigkeiten haben werde, das Geld auch zweckentsprechend auszugeben: Zu viele bürokratische Hindernisse stünden im Wege, die verhinderten, dass das Geld zügig der intendierten Verwendung zugeführt wird. Das mag dem einen oder der anderen unter Ihnen, liebe Zuhörerschaft, sehr wunderbar vorkommen, ist es aber nicht. Freilich weiß ich nicht im Detail, welche Hürden das BMBF überspringen muss, aber ich wundere mich da keineswegs. Ich sage Ihnen: Geld oder Sachen für gemeinnützige Zwecke zu verschenken, kann zu den schwierigsten Aufgaben zählen, die wir in diesem unserem Lande haben. „Einem geschenkten Gaul guckt man nicht ins Maul“, sagt der Volksmund. Aber das gilt wohl nicht für die Steuerbürokratie und wohl auch nicht für das Baurecht der öffentlichen Hand. Da kommt man sich oft vor wie Don Quijote beim Kampf gegen die Windmühle.

Meine Stiftung beabsichtigt, der Universität Heidelberg ein Haus mit Hörsälen, Seminarräumen und Büros für die Mathematik und Informatik zu schenken. Das soll aus kurzfristig dem Stiftungszweck zuzuführenden Mitteln finanziert werden. Ein weiterer Teil des Gesamt-Gebäudes soll (als Kapitalanlage der Stiftung) an private

Organisationen vermietet werden. Und natürlich möchte ich Herr des Projektes sein und die europaweite Ausschreibung vermeiden. „Wer privat baut, baut etwa 1/3 billiger als die öffentliche Hand“ sagt unumwunden unser Wissenschaftsminister Prof. Peter Frankenberg.

Meine Absicht und mein Wunsch hören sich doch ganz einfach und vernünftig an. Einfach ist das aber keineswegs: Seit ein bis vier Jahren (je nachdem, wo man die Grenze zieht) stehe ich in Gesprächen mit der Universitätsleitung, dem staatlichen Hochschulbauamt, dem Architekten, dem Projektsteuerer, diversen Beratern für Steuern, Rechtliches und Immobilien, dem Baden-Württembergischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie dem für Finanzen. Es ist zum Auswachsen. Immer wieder tauchen neue Hindernisse und Änderungswünsche zum Konzept des Ganzen auf.

So sieht unser Gemeinnützigkeitssteuerrecht vor, dass beispielsweise die Uni den geschenkten Hörsaal nicht – etwa zur Zeit der Semesterferien – unentgeltlich dem benachbarten und ebenfalls gemeinnützigen Deutschen Krebsforschungszentrum für eine Konferenz überlassen darf. Und dank der uni-weit eingeführten Parkraumbewirtschaftung darf ich der Uni keine Tiefgaragenparkplätze schenken, ohne in die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung zu rutschen.

Bei der Vorbereitung zu meinen Dankesworten fand ich auf dem neugestalteten Webauftritt der BBAW einen Hinweis auf das von der Akademie veranstaltete „Wilhelm-Ostwald-Symposium 2004“. Das interessiert mich brennend, denn die „Gerda und Klaus Tschira Stiftung“ hat zum ersten Januar 2009 die ehemalige „Wilhelm-Ostwald-Gedenkstätte“ zu Großbothen übernommen. Sie wird nun gründlich restauriert und, wo nötig, modernisiert und als WILHELM OSTWALD PARK weitergeführt. Die diversen Gebäude, die Wilhelm Ostwald errichten ließ, dienen zwei Zwecken: Das Haus „Energie“ beherbergt das Wilhelm-Ostwald-Museum und -Archiv, die übrigen Bauten dienen Wissenschaftlergruppen verschiedener Institutionen als Ort für *retreats*. Um mein Wissen über Wilhelm Ostwald zu vertiefen, würde ich mich im Anschluß an diese Veranstaltung gern mit Herrn Dr. Wolf-Hagen Krauth unterhalten, der auf dem web site der BBAW als Kontaktperson für das „Wilhelm-Ostwald-Symposium“ angegeben ist.

Abschließend danke ich abermals der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften für die Ehrung und Ihnen allen für die Aufmerksamkeit.

Danke.

PS: Nach der Veranstaltung kamen etliche Leute mit feedback (zu den Schwierigkeiten des Schenkens) auf mich zu. Einer sagte, in Hamburg sei es genauso. Einer sagte: der sollte mal nach Berlin kommen; da ist es noch viel schlimmer.

Laudatio auf Michael Kramer anlässlich der Verleihung des Akademiepreises 2010

JOCHEN BRÜNING

Der Akademiepreis 2010 wird Herrn Michael Kramer für seine herausragenden Leistungen in der Radioastronomie verliehen. Herr Kramer gehört zum Jahrgang 1967 und hat seine wissenschaftliche Ausbildung an den Universitäten Köln und Bonn erhalten. Sein Hauptfach war zunächst die Physik in ihrer ganzen Breite, aber schon mit dem Diplom, das er eben am Max-Planck-Institut für Radioastronomie in Bonn abschloss, war der weitere Weg vorgezeichnet, und von dem Ziel, seine Forschungskraft der Radioastronomie zu widmen, ist Michael Kramer nicht mehr abgewichen. Dementsprechend folgte auch die Dissertation an demselben Institut, schon im Jahre 1995. Herr Kramer blieb noch für drei weitere Jahre bei den Bonner Radioastronomen, ehe er sich für das Ausland gerüstet sah, zunächst als Otto-Hahn-Fellow an der University of California at Berkeley, dann aber ab 1996 an der University of Manchester. Um diesen Wechsel zu verstehen, muss man wissen, dass das berühmte Jodrell Bank Observatory zur University of Manchester gehört und ihr astrophysikalisches Forschungszentrum beherbergt; zugleich ist dieses Observatorium die zentrale radioastronomische Beobachtungsstätte Englands und eine der bedeutendsten in der ganzen Welt. An diesem Ort fühlte sich Herr Kramer ganz offensichtlich in seinem Element, so dass er in den Jahren 1996 bis 2006 vom Staff Research Fellow zum Professor for Astrophysics an der University of Manchester aufstieg und an diesem Ort auch den größten Teil seiner bisherigen, weltweit anerkannten wissenschaftlichen Leistungen erbrachte. Von besonderem Interesse waren bald für ihn die sogenannten Pulsare, die exotischsten Sterne, die wir bislang im Weltall kennen, weil sie in beinahe jeder Hinsicht extreme Kenngrößen aufweisen. Dazu zählt in erster Linie ihre außerordentlich hohe Massendichte, die sich dadurch erklärt, dass Pulsare Neutronensterne, also die Überbleibsel einer Supernova sind, in denen ein „Gravitationskollaps“ die verbleibende Masse ungeheuer zusammendrängt. Das besondere wissenschaftliche Interesse an den Pulsaren beruht jedoch auf der Tatsache, dass sie sich um ihre Achse drehen, unter Umständen ganz außerordentlich schnell, und dabei Radiosignale abstrahlen, die mit fast perfekter Periodizität auf der Erde auftreffen; Pulsare sind also kosmische Uhren. Nähert sich ein Radioastronom den Pulsaren unter diesem Aspekt, so wird er zunächst versuchen, aus dem scheinbar so makellosen Signal durch winzige Ungenauigkeiten in der zeitlichen Periode auf grundlegende physikalische Vorgänge im

Pulsarsystem zu schließen, denn diese Vorgänge sind zum größten Teil noch sehr schlecht verstanden. Eine besondere Komponente tritt hinzu, wenn es sich um einen sogenannten Doppelpulsar handelt, also ein System aus zwei Pulsaren, die sich gegenseitig umkreisen, ein Zweikörpersystem also, wie es die Keplerschen Gesetze behandeln, allerdings nun unter extremen Bedingungen, bei denen nicht mehr die Newtonsche Mechanik zur Beschreibung taugt, sondern die Allgemeine Relativitätstheorie von Einstein herangezogen werden muss. Ein solcher Doppelpulsar (mit der Katalognummer J 0737-3039) mit ganz besonders interessanten Eigenschaften zählt zu den bedeutendsten Entdeckungen im umfangreichen Œuvre von Michael Kramer.

Es war wohl auch diese Entdeckung, die ihn nach der langen und fruchtbaren Zeit am Jodrell Bank Centre for Astrophysics wieder nach Bonn zurückführte, denn seit 2009 ist Kramer zugleich Direktor am Max-Planck-Institut für Radioastronomie, dem Ort, wo er seine erste Ausbildung in diesem Fach erhielt. Dieser Doppelpulsar wird auch mitverantwortlich sein für die Preise, die Herr Kramer bisher schon erhalten hat, darunter den Descartes-Preis der Europäischen Union und einen Advanced Grant des ERC.

Dem Doppelpulsar ließen sich nun erstaunlich viele Geheimnisse entlocken, was der geometrischen Natur des Zweikörpersystems zu danken ist, vor allem aber der Beobachtungsgenauigkeit und dem Erfindungsreichtum von Michael Kramer und seiner Gruppe. So haben sie charakteristische, geometrisch bedingte Bahnschwankungen gefunden, deren Berücksichtigung nicht nur die Systemgeometrie erhellt, sondern auch den Gang der kosmischen Uhr um mehrere Größenordnungen verbessert. Damit wird der Kramersche Doppelpulsar heute zu einer der aussichtsreichsten Messvorrichtungen zum direkten (!) Nachweis der schon lange vergeblich verfolgten Gravitationswellen. Diese staunenswerten Leistungen machen uns bewusst, wie viel detailliertes und in vielfacher Hinsicht konsistentes Wissen wir inzwischen über das Weltall und seine Genese erlangt haben, einzig und allein durch die subtile Analyse elektromagnetischer Wellen, die uns aus dem All erreichen. So könnte Goethe sich wohl bestätigt fühlen, da er glaubte, dass aus dem vollständigen Verstehen des Lichts alles Wissen über die Welt folgt – auch wenn dies heute in einer Weise abgeleitet wird, die mehr hochkomplizierte Gedanken, Instrumente und Rechnungen verwendet, als es dem Weimarer Weisen lieb gewesen wäre. Dass Michael Kramer uns durch seine ebenso tiefeschürfenden wie eleganten Untersuchungen so wunderbar daran erinnert, hat uns begeistert für den Akademiepreisträger des Jahres 2010, dem wir den Preis mit Freude und Stolz überreichen.

Pulsare: von Planck zu Einstein

MICHAEL KRAMER

Jeder, der die Chance hatte, den Sternenhimmel einmal entfernt vom störenden Licht einer Großstadt zu beobachten, wird von der Fülle der sichtbaren Sterne überwältigt sein. Dennoch stellt der für das menschliche Auge sichtbare Sternenhimmel nur einen kleinen Ausschnitt der kosmischen Vielfalt dar, die sich insbesondere außerhalb des sichtbaren Lichts entfaltet. Ein wunderbares Beispiel hierfür sind Pulsare.

Pulsare sind natürliche kosmische Leuchttürme, die uns als pulsierende Radioquellen erscheinen. Sie entstehen beim Tod massenreicher Sterne, wenn deren Kernfusions-Brennstoff versiegt und sie unter ihrer Schwerkraft zu einer neuen Art von Stern kollabieren. Der neue Stern ist so dicht, dass Elektronen und Protonen zu Neutronen verschmelzen, so dass wir von einem „Neutronenstern“ sprechen. Dieser Neutronenstern hat ein Magnetfeld, das bis zu eine Millionen mal stärker ist als das, was wir in irdischen Labors (für einen Bruchteil einer Sekunde) erzeugen können. Eine Konsequenz ist das Entstehen eines Radiostrahls über den Magnetpolen, die von den empfindlichsten unser irdischen Radioteleskop einmal pro Rotation aufgefangen werden können.

Die Physik von Pulsaren ist extrem. Die „schnellsten“ Pulsare drehen sich mehr als 40.000 mal pro Minute. Das entspricht Rotationsgeschwindigkeiten am Äquator von ca. 160 Millionen Stundenkilometern. Der Besuch eines Pulsars wäre nicht nur aufgrund der sehr hohen Oberflächentemperaturen (von ca. 1 Million K) wenig ratsam, sondern auch weil an der Oberfläche eine Zentrifugalbeschleunigung von 20 Milliarden g der starken Schwerkraft entgegen wirkt! Die Tatsache, dass Pulsare dennoch nicht auseinanderfliegen, erklärt sich aus deren Kompaktheit: Neutronensterne haben typischerweise eine Masse von 40 % mehr als die Sonne, konzentrieren diese aber auf einen Durchmesser von nur 20 km, also der Größe Berlins. Damit ist das Innere eines Neutronensterns mindestens zehnmals dichter als das Innere eines Atomkerns. Pulsar-Materie stellt somit auch die dichteste Materie dar, die wir im Universum beobachten und untersuchen können.

Pulsare haben aber auch noch eine andere faszinierende Eigenschaft: sie sind hervorragende kosmische Uhren, die uns die Natur für eine Vielzahl von faszinierenden Experimenten zur Verfügung gestellt hat. Die Genauigkeit von vielen „Pulsar-Uhren“ kann mit den besten irdischen Atomuhren konkurrieren, allerdings mit der Eigen-



Abbildung 1

Das Effelsberger 100-m Radioteleskop des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie. Als größtes Teleskop in Europa und zweitgrößtes freibewegliches Teleskop der Welt, ist es ein hervorragendes Instrument zur Beobachtung von Pulsaren. © Michael Kramer.

schaft, dass sie völlig unabhängig von jeglichen Umwelteinflüssen oder menschlichem Eingreifen unablässig ihre regelmäßigen Radiosignale aussenden. Die Ganggenauigkeit von Pulsar-Uhren ist leicht erklärbar: Pulsare sind enorme Schwungräder von der Größe einer Stadt, die mit der millionenfachen Masse der Erde riesige Rotationsenergien gespeichert haben. Solche Schwungräder sind nur sehr schwierig aus dem Tritt zu bringen, was sich in deren Uhrengenauigkeit widerspiegelt. Zum Beispiel vermessen wir die Rotationsperiode der besten Pulsare mit Genauigkeiten von 0.00000000000001 Sekunden. Wir erreichen solch eine hohe Präzision, indem wir die Umdrehungen der Pulsare regelrecht zählen. Zum Beispiel beobachten wir nun schon seit langem mit dem Effelsberger 100-m Teleskop einen Pulsar mit einer Periode von $5.25574901411541 \pm 0.00000000000002$ s. Mit anderen Worten, wir können zu jedem Zeitpunkt exakt angeben, wie viele seiner rund 100 Milliarden Rotationen seit seiner Entdeckung genau vergangen sind!

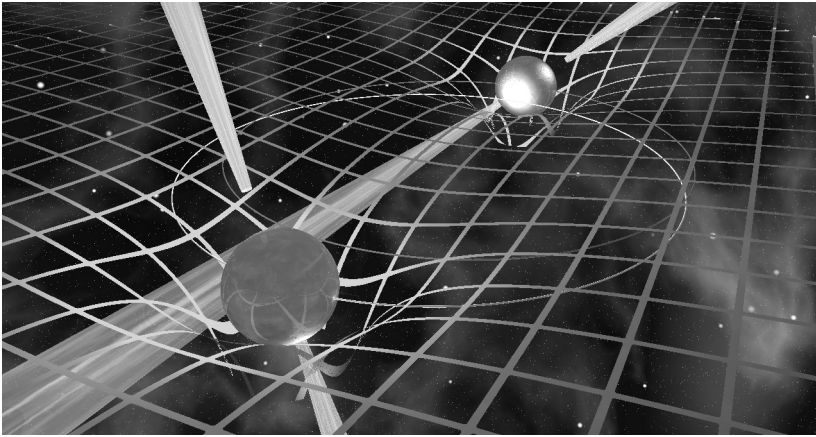
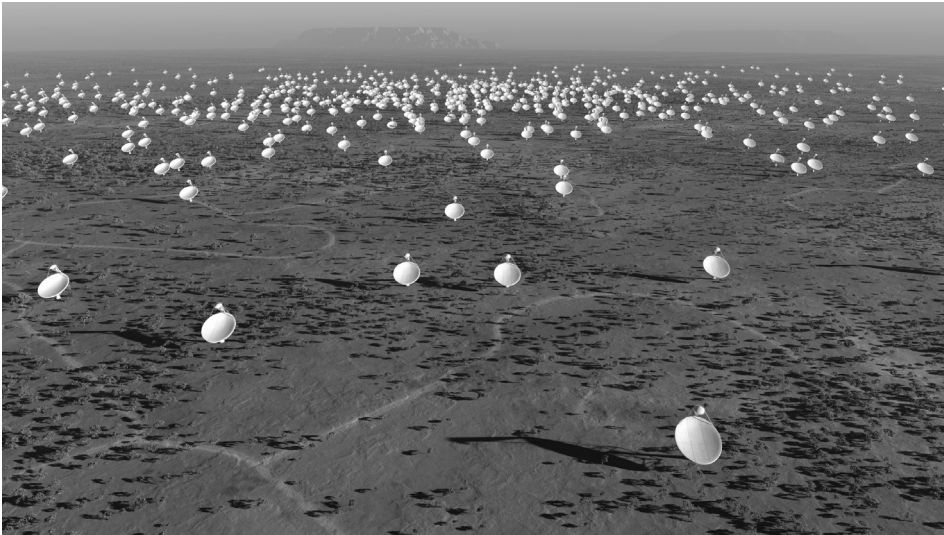


Abbildung 2
Künstlerische Vorstellung vom „Doppel-Pulsar“, ein System in dem zwei aktive Pulsare in nur 147 Minuten mit 100 Millionen Stundenkilometer umeinander kreisen. Die Grafik verdeutlicht die große Raumkrümmung, die in der Nähe von Pulsaren herrscht. © Michael Kramer.

Die Stabilität als Zeitgeber macht Pulsare zu wunderschönen Werkzeugen in Untersuchungen zur Fundamentalphysik. Deren Anwendungen reichen von der Quantenphysik zur Festkörperphysik und von der Plasmaphysik bis hin zur Kosmologie. Insbesondere sind Pulsare einzigartige Hilfsmittel zur Untersuchung von Gravitationsphysik und hiermit zu Tests der Allgemeinen Relativitätstheorie (ART).

Das beste Beispiel für die Anwendung von Pulsaren für Tests der ART ist ein einzigartiges System, in dem zwei Pulsare umeinander kreisen. Sie tun dies in gerade einmal 147 Minuten und mit Geschwindigkeiten von 1 000 000 km/h! Der Abstand der beiden Pulsare ist dabei so klein, dass dieses besondere Doppelsternsystem leicht in der Sonne Platz fände. Es ist faszinierend, dass wir mit Hilfe der Genauigkeit der Pulsare messen können, dass diese Distanz von momentan 840.000 km langsam aber stetig um 7 mm pro Tag schrumpft. Die Genauigkeit dieser Messung ist mittlerweile besser als 0.2% – und das über eine Distanz von mehr als 3000 Lichtjahren! Das Schrumpfen der Umlaufbahnen wird durch das Aussenden von „Gravitationswellen“ bedingt, die dem System Energie entziehen. Die Annäherung ist langsam aber stetig, so dass die beiden Pulsare in 85 Millionen Jahren in einer grellen Explosion zusammenstoßen und ein schwarzes Loch formen werden.

Die gemessene Abnahme der Pulsarbahnen stimmt hervorragend mit den Vorhersagen der ART überein. Auch andere Effekte der ART lassen sich in diesem einzigartigen System überprüfen – alle diese Tests, fünf insgesamt, besteht die ART mit Bravour! Insgesamt ist der „Doppel-Pulsar“ ein schönes Beispiel, wie wir Pulsare als



Abbildungen 3

Simulation des Kernbereichs des SKAs. Die gesamte Empfindlichkeit dieses HiTech Teleskops wird 100-mal größer ist als jene vom Effelsberg 100-m Teleskop. © SKA Development Office (SPDO).

Labor verwenden können, um hoch-präzise Messungen weit entfernt in den extremen Bedingungen des Kosmos durchzuführen. Hierbei ist die Genauigkeit unserer Experimente mit Pulsaren oft nur durch die Empfindlichkeit unserer Teleskope begrenzt. Der beste Weg zu mehr Empfindlichkeit ist ein größeres Teleskop. Weltweite Anstrengungen werden daher unternommen, ein solches Teleskop zu bauen – das größte Teleskop, das die Menschheit bisher gesehen hat: Mit einer Gesamtfläche von einem Quadratkilometer wird das sogenannte „Square-Kilometre Array“ (SKA) ungefähr 100-mal empfindlicher als Effelsberg sein. Mit Hilfe des SKAs können wir dann nicht nur jeden Pulsar in der Milchstrasse sehen (zumindest jene, deren Radiostrahl zur Erde gerichtet ist), sondern wir werden auch Pulsare finden können, die um Schwarze Löcher kreisen. Dies wird uns erlauben, die Eigenschaften von Schwarzen Löchern genau zu vermessen und mit den Vorhersagen der ART zu vergleichen.

Das SKA wird kein normales Teleskop sein, sondern wird aus tausenden kleineren Teleskopen bestehen, die mit Hilfe modernster Datenkommunikationselektronik und Computersystemen zusammengeschaltet werden. In der Tat wird ein wesentlicher Bestandteil des SKAs einer der weltgrößten Super-Computer sein, die bei der geplanten Inbetriebnahme im Jahr 2020 verfügbar sein wird. Wie das SKA auch in

Hinsicht auf den benötigten Energiebedarf realisiert werden kann, ist Schwerpunkt eines weltweiten Entwicklungsprogramms, bei dem schon jetzt hunderte von Millionen Euros investiert werden.

Wir werden natürlich nicht bis zum SKA warten, um unsere Tests der ART zu verbessern. Im Gegenteil! Mit verbesserten Instrumenten versuchen wir schon jetzt in Effelsberg die bisherigen Grenzen der Messgenauigkeit zu verbessern. Am Ziel stehen nicht nur die besten Tests der ART, sondern auch die direkte Detektion von Gravitationswellen, wobei wir die Pulsare als Endarme eines kosmischen Detektors verwenden, dessen Mittelpunkt die Erde bildet. Die Messungen hierzu sind äußerst schwierig, aber nicht unmöglich. Da diese außerdem einem Physiker und Astronomen auch noch sehr viel Spaß machen, hoffe ich, Ihnen bei Gelegenheit hierüber berichten zu können.

Vom Mitkommen der Bürger in der Demokratie¹

CHRISTIAN MEIER

Demokratie ist, das lernt man schon in der Schule, ein Wort griechischen Ursprungs und heißt auf deutsch Volksherrschaft. Im Unterschied zu so manchem andern, was man in der Schule verzapft bekommt, ist das völlig richtig. Es fragt sich nur, was damit gemeint ist. Denn – wie kann „das Volk“ herrschen?

Damit verhält es sich natürlich unterschiedlich, je nachdem, ob man es mit kleinen Poleis oder großen Nationalstaaten zu tun hat. Unterschiedlich auch in den verschiedenen Phasen der Geschichte; etwa dieser Nationalstaaten. Stellt man sich zum Beispiel vor, man solle die deutsche Verfassungswirklichkeit unserer Tage beschreiben, würde man da, falls es das Wort Demokratie nicht schon gäbe, auf die Idee kommen, es zu bilden, um mit seiner Hilfe irgendetwas Nennenswertes daran zu beschreiben?

Aber nehmen wir erst nur die Griechen! Herrscht – oder regiert – da das Volk? Und wenn ja, worüber? In den frühesten Belegen heißt es: Es beherrscht (oder regiert) die Polis. Was aber ist die Polis? Die Männer sind es, liest man; oder – so Aristoteles, der es ja eigentlich wissen mußte – die Polis ist die Bürgerschaft. Also das Volk. Dann ist Demokratie Herrschaft des Volkes über das Volk, mithin Selbstbeherrschung? Aber vielleicht muß man doch Subjekt und Objekt der Volksherrschaft stärker auseinanderhalten, und sei es darin, daß die Bürger in der Demokratie, wie man damals betonte, abwechselnd herrschen (oder: regieren) und beherrscht (oder: regiert) werden.

Im Begriff Demokratie, der um 460 v. Chr. aufgekommen zu sein scheint, drückte sich ein neues Bewußtsein, ein neuer Anspruch aus, mit dem sich eine neue politische Ordnung einführte. Lange schon mußten alle wichtigen Beschlüsse von der Volksversammlung gefaßt werden. Das hatte sich in ein komplexes System des Zusammenwirkens verschiedener Institutionen und Kräfte gefügt. Wozu es, zumindest

1 Manuskript, das leicht gekürzt dem Festvortrag zugrunde lag.

in Athen, gehört haben muß, daß der Adelsrat kraft Autorität vornehmlich in der Außenpolitik einen vielfach bestimmenden Einfluß über die Volksversammlung besaß. Eben der wurde 462/1 dadurch aufgehoben, daß man den Adelsrat entmachtete. Seitdem übte „das Volk“ uneingeschränkt Herrschaft aus. Alle wichtigen Auseinandersetzungen wurden vor der Volksversammlung ausgetragen. Sie faßte ihre Entschlüsse frei von vorgegebenen Einflüssen; gegebenenfalls (wenn nämlich jemand eine Debatte verlangte) nach dem Vortrag von Gründen und Gegengründen; je in gebotener Kürze. Insofern herrschte das Volk über die Stadt, die es zugleich selber *war*. Die Herrschaft wurde, wie es buchstäblich hieß, „vervolklicht“.

Man kann als den vielleicht wichtigsten Grundsatz dieser Demokratie formulieren: Die Entscheidungen sollen im jeweils größten dafür geeigneten Gremium fallen. Möglichst also in der Volksversammlung.

Damit das aber praktizierbar ist, unter Tausenden, im Freien, ohne Tischvorlagen, müssen die Materien vorberaten, die Anträge vorbereitet werden. Dazu hat man den Rat der Fünfhundert. Der aber soll der Volksversammlung Dienste leisten, sie nicht bevormunden. Also muß man seinen Einfluß beschränken: Zum einen läßt man seine Mitglieder durch das Los bestellen, einen Ratsmann auf siebenzig bis achtzig Bürger; und jede der kleinen Gemeinden in Attika entsendet so viele Ratsmänner, wie proportional auf sie entfallen.

„Der Idee nach“, so hat es Karl Reinhardt formuliert, „war die Bürgerschaft eine Substanz, von der jeweils aufs Geratewohl jedes (ergänze: nicht zu kleine) Quantum herausgegriffen dieselbe Beschaffenheit und Mischung aufweist wie das Ganze“. Jedenfalls bilden fünf hundert zufällig Herausgegriffene auf ungefähr vierzigtausend demoskopisch einen repräsentativen Ausschnitt. Der Rat ist also nur ein Ausschuß des Volkes.

Durch die Losung wird zugleich ausgeschlossen, daß die Besetzung der Stellen Sache von organisiertem Einfluß wird. Es wird damit eine Quelle für die Bildung von Parteiungen verstopft, welche die Macht bei sich hätten konzentrieren, also die freie Entscheidung des Volkes beeinträchtigen können. Dadurch nämlich wäre verhindert worden, daß die Bürger unmittelbar das Ganze der Polis waren. Um das Zusammenklüngeln noch weiter zu erschweren, wird später auch die Sitzordnung im Rat durch das Los bestimmt.

Zum andern wird der Rat von Jahr zu Jahr neu bestellt, und zwar dergestalt, daß keiner in zwei aufeinanderfolgenden Jahren Ratsmann sein darf. Keiner überhaupt öfter als zweimal im Leben. Damit auch ärmere Bürger Ratsmänner werden können, werden Diäten gezahlt.

Jeder vierte, fünfte oder sechste Bürger wird also ein- oder zweimal Mitglied des Rats. Durch den raschen Wechsel wird zugleich weitgehend verhindert, daß sich unter den Ratsmännern jener Überschuß an Einfluß sammelt, der im Lauf der Zeit aus Erfahrung und Beziehung erwachsen kann.

„Die Stadt ist frei“, heißt es einmal bei Euripides, „das Volk herrscht, indem die Bürger Jahr für Jahr einander im Regiment abwechseln“. Ständiger, rascher Wechsel in den Funktionen sollte über die Zeit hin dafür sorgen, daß möglichst sehr viele Bürger immer wieder im Zentrum der Polis anwesend waren und etwas zu sagen hatten. Nach Aristoteles bedeutet Gleichheit auch die Teilnahme möglichst aller an den politischen Funktionen. Zugrunde lag die Annahme, (fast) jeder könne (so gut wie) alles. So wurden nicht nur die Ratsmänner, sondern die meisten Amtsträger erlost, ebenso die Geschworenen, die in den Gerichten über Straftaten inklusive politischer Delikte oder Verfehlungen urteilten. Übrigens zählte zu diesen Delikten auch die „Täuschung des Volkes“ (auf die hohe Strafen standen).

Insgesamt kann man feststellen, daß „das Volk“ – sei es in der Volksversammlung, sei es in Gremien, die aber eben dieselbe Beschaffenheit und Mischung aufwiesen wie das Ganze, oder sei es in der ebenfalls zufallsbedingten Abfolge rasch wechselnder Funktionsinhaber – wirklich „herrschte“ respektive „regierte“. Es begegnete sich dabei gleichsam selbst in immer wieder anderer Zusammensetzung und Funktion. Beschließend, ausführend, aber auch kontrollierend: Beschlüsse der Volksversammlung konnten durch andere Gremien kassiert werden. Ratsmänner waren ebenso reichenschaftspflichtig wie Amtsträger, letztere auch während des Amtsjahrs. Übrigens war die Volksversammlung keineswegs an die Vorlagen des Rats gebunden. Bei den Kontrollen ging es um die Einhaltung der gesetzlichen Ordnung, aber auch darum, daß der Wille der Volksversammlung von Fall zu Fall durchgesetzt, von Fall zu Fall aber auch begrenzt werden konnte – wie das eben im Spiel der Kräfte so sein kann. Später unterlag auch die Gesetzgebung durch die Volksversammlung gewissen Einschränkungen.

Wechsel von Regierenden und Regierten galt als typisch für die Demokratie. Er war ein Zeichen der Freiheit. Dadurch war „das Volk“ im einzelnen und im ganzen Subjekt und Objekt seiner Regierung. Aber natürlich waren die Bürger auch insofern, als sie an die Gesetze gebunden waren, den Beschlüssen des Volkes unterworfen. Die Kriege, welche sie beschlossen, mußten sie selbst führen (oder ihre Söhne hinschicken). „Es ist ja nicht möglich, etwas Gleiches oder Gerechtes im Rat zu ersinnen, wenn man nicht auch Söhne in gleicher Weise als Einsatz wagt und an der Gefahr mitträgt“, soll Perikles gesagt haben.

Einige Ämter wurden indes doch durch Wahl bestimmt und konnten mehrfach, auch in aufeinanderfolgenden Jahren bekleidet werden. Das waren neben denen der Schatzmeister die der militärischen Führung. In den Händen ihrer Inhaber sammelte sich denn auch einiger Einfluß.

Zugleich spielte es sich ein, daß einige wenige Männer, wenn nicht ein einziger wie Perikles, regelmäßig über Jahre hin besondere Autorität bei Rat und Volksversammlung genossen. Voraussetzung dafür war neben politischem, meist auch

militärischem Können, Sachwissen und rhetorischem Talent die Fähigkeit zu formulieren und in Anträge umzusetzen, wohin die Mehrheit tendierte. Auch der Einfluß der erfolgreichen Politiker war also wesentlich an den Willen des Volkes gebunden – auch wenn sie im einzelnen vieles lenken, anregen und auch verhindern konnten.

Dieses ganze System war nur in einer griechischen Polis denkbar, jener eigentümlichen Art von Gemeinwesen, das unmittelbar von seinen Bürgern ausgemacht wurde; indem gleichsam nichts zwischen den Bürgern und dem Ganzen der Politischen Einheit stand. Grob gesagt: Diese Demokratie konnte sein, weil es keinen Staat gab.

Das System setzte voraus, daß für die Bürger Politik wesentlicher Lebensinhalt war. Angelegt war das schon in der frühen Poliswelt. Die Griechen wollten frei, möglichst eigenständig sein. Freiheit war gleichsam die Eigenschaft, aus der heraus diese Gemeinwesen konstituiert wurden. Das aber bedeutete, daß sie vieles untereinander erledigten (nicht Amtsträgern überantworteten). Sie mußten also anwesend sein in der Mitte der Stadt, in der Öffentlichkeit, immer wieder, mit großer Regelmäßigkeit. Da entschied es sich auch, wer einer war. Diese Öffentlichkeit war primär Sphäre der Adligen. Aber nicht nur! Denn gerade weil dem so war, zog es auch andere, die aus der Mittelschicht zumal, dorthin. Vielfach wurden sie dort auch gebraucht oder es drängte sie, aus guten Gründen, dort mitzusprechen. So konnte es für viele einen großen Reiz und zugleich eine Notwendigkeit darstellen, sich als Bürger zu betätigen und zu bewähren. In Athen war das ganz besonders der Fall.

Das Wort Demos bezeichnete sowohl das Volk im ganzen wie die Volksversammlung wie die breiten Schichten, deren Angehörige darin so leicht die Mehrheit bildeten. Jedenfalls haben sie in Athen kräftig mitgewirkt. Und institutionell war, wie gesagt, alles nur Erdenkliche getan, um „das Volk“ in die Lage zu versetzen, sich selbst zu regieren und über die Politik der Stadt zu bestimmen. Allein, konnte das gut gehen?

Sokrates und Platon standen die Haare zu Berge, wenn sie daran dachten, daß die Walker, Schuhmacher, Zimmermänner, Schneider, Landwirte und Krämer dort das Wort nahmen und Entscheidungen über die Polis trafen. Insofern ist die Frage nicht erst und nur modern. Konnten die kleinen Leute die Notwendigkeiten der Polis (zumal einer Großmacht wie Athen) einigermaßen vernünftig besorgen? Verstanden sie genug davon? Konnten sie hinreichend mitdenken, mitkommen mit den im raschen Tempo sich vollziehenden Wandlungen der Stadt? Und mit all den Aufgaben, die sich da stellten? Nicht jeder einzelne vielleicht, aber doch viele (in welchen Abstufungen

auch immer) und zugleich alle zusammen, wie sie da auf dem Versammlungsplatz oder in Rat oder Gericht saßen, zuhörten und schließlich abstimmten?

Das konnte ja mitnichten einfach sein. Wohl waren viele Gegenstände, die es heute oft schwer machen zu verstehen, was auf der Tagesordnung ist, damals nicht Sache der Politik. Probleme der Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft etwa, der Gesundheit, der Altersversorgung, der Bildung, der sogenannten sozialen Gerechtigkeit – das alles und anderes interessierte die Polis nicht. Das war der Sache der Einzelnen. Dafür hatte die Polis im fünften Jahrhundert (auf das ich mich hier konzentriere) andere Probleme. Denn nachdem sich das persische Weltreich die Griechen auf der westlichen Seite der Ägäis hatte unterwerfen wollen und nachdem es damit gescheitert war, hatten sich die Griechen zu einem Bund zusammengeschlossen. Athen, die mit Abstand größte Stadt, hatte die Führung übernommen. Und nun mußte sie etwas leisten, wozu griechische Städte an sich nicht gemacht waren, nämlich langfristige und weiträumige Machtpolitik treiben. Es war über vieles zu entscheiden, was bisher, schon geographisch, außerhalb des Gesichtskreises des Gros der Bürgerschaft gelegen hatte. Bündnisse waren zu schließen, Kriege zu führen. Als der Bund sich in eine athenische Herrschaft zu verwandeln begann, kamen komplizierte Fragen der Herrschaftssicherung dazu. Auch der konsequente Ausbau der Demokratie kann keineswegs einfach gewesen sein.

Nochmals also: Konnten die attischen Bürger, darunter die zahlreichen Kleinbürger das? Konnten sie es intellektuell? Konnten sie es moralisch? Denn auch das mußte problematisch sein, wenn man ohne viel Übergang eine Politik zu betreiben hat, wo das Angebrachte und das Hergebrachte weit auseinanderklaffen. Wo denn auch die Generationen dicht auf dicht einander folgten, die zunächst noch mehr, aber bald schon weniger in dem verwurzelt waren, was man seit je in der Jugend gelernt hatte (in den Begrenzungen, in denen man sich zunächst, aber mit der Zeit nachlassend befangen sah). Wo ferner die einen noch mehr, die andern schon weniger überrascht waren von all den neuen Möglichkeiten und Anforderungen. Übrigens war auch der Umsturz zur konsequenten Demokratie ein tief einschneidendes Ereignis, das auch in der Welt der Maßstäbe, der Vorstellungen von Ordnung, ja von göttlicher Gerechtigkeit verarbeitet werden wollte.

Allem Anschein nach haben die Athener die politischen und militärischen Probleme, die sich ihnen in den immer wieder neuen Situationen stellten, über Jahrzehnte hinweg bei wenigen Rückschlägen erfolgreich lösen können. Im Sinne dessen, was sie als ihr Interesse ausmachten, also im Sinne zumal der Ausweitung und Sicherung eigener Macht und Herrschaft. Der Macht und Herrschaft Athens. Was ja nicht wenig ist. In besonders kniffligen Einzelfragen konnte man Leute, die sich damit genauer beschäftigt hatten, als Ratgeber anhören. Aber urteilen mußte man selber.

Dann konnten also die Schuster, Schneider, Leineweber von Mal zu Mal, in dichter Abfolge vieler Beschlüsse die schwierigen politischen und militärischen Probleme richtig beurteilen?

Über die intellektuelle Kapazität „des Volkes“, also – sagen wir: sein Wissen, seine Vorstellungs-, Abschätzungs-, seine Urteilskraft – bieten unsere Quellen zum einen Aussagen über einzelne Situationen, in denen die Volksversammlung Entscheidungen traf, zum andern allgemeine, auch nicht unbedingt speziell das Athen des fünften Jahrhunderts betreffende Bemerkungen.

Die Weisheit einer Volksversammlung wird ebenso gelobt (von denen, zu deren Gunsten sie entschieden hatte), wie ihr Ungestüm mit Skepsis betrachtet und ihre Zügellosigkeit und Verführbarkeit getadelt wird. Demagogen werden beschuldigt, sich dem Volk angebiedert und falsche Beschlüsse bewirkt zu haben; was ja auch nicht gerade für die Urteilskraft der Versammlung spricht. Wankelmütig pflege das Volk zu sein. Und es wird der Mehrheit der gewöhnlich in der Volksversammlung Versammelten vielfach Mangel an Verstand, an Bildung und an rechtlicher Gesinnung vorgeworfen.

Manche dieser Aussagen betreffen Dinge, die mit der Sache gegeben sind. *Orgē* und *táchos*, Leidenschaft und Schnelligkeit, lesen wir einmal, kennzeichnen das Verfahren der Volksversammlung. Aber wir hören eben auch, daß der Rat der Fünfhundert sich mehr Zeit zur Beratung nehmen kann und daß dessen Mitglieder zudem rechenpflichtig sind – womit mancher Unüberlegtheit ein Riegel vorgeschoben wird.

Wichtig ist, daß viele der ungünstigen Aussagen über die breiteren Schichten von Gegnern der Demokratie stammen, besonders eindrücklich darunter diejenigen Platons. Deren Vorurteile waren manch einem „Gebildeten“ späterer Jahrhunderte wie aus der Seele gesprochen.

Um so bemerkenswerter ist dann aber eine Reihe positiver Urteile anderer Autoren, die der Demokratie an sich ebenfalls skeptisch gegenüberstanden. Aristoteles meint zwar, zum Bekleiden von Ämtern seien die ungebildeten Angehörigen der breiteren Schichten nicht geeignet. Versammelt aber, in der Volksversammlung (auch in Rat und Gericht) seien sie sehr wohl in der Lage, gute Beschlüsse zu fassen. Dafür scheint die Erfahrung gesprochen zu haben. Die Erklärung, die er dafür gibt, ist freilich ein wenig befremdlich: Auch wenn jeder von ihnen weniger Verstand hätte als die Gebildeten, ergäbe sich in der Summe – all den (an sich geringeren) Verstand der vielen zusammengerechnet – ein besseres Urteil als bei noch so klugen Einzelnen. Ähnlich erklärt es ein Redner bei Thukydides: Zum Ratgeben seien die Verständigen besonders geeignet, zum Entscheiden aber das Volk.

Besonders auffällig ist eine andere Äußerung des Thukydides. Danach setzten die Athener in der Schlacht ihre Körper ein, wie wenn sie ihnen nicht gehörten; ihre *gnōmē*, also Einsicht (und Entschlußkraft) aber betrachteten sie als ihren ganz per-

sönlichen Beitrag für die Stadt. Das ist ja wohl dahin zu verstehen, daß sie lebhaft, mit großem Interesse und eben: mit Einsicht am – politischen – Leben der Stadt teilnahmen. Verantwortung für die Stadt war ihnen schon lange tief eingepägt worden. Und in den verschiedenen Funktionen, die sehr viele von ihnen innehatten, müssen sie eine große Menge von Erfahrungen und Kenntnissen gewonnen haben.

Das beste Zeugnis aber stellt dem Volk der Verfasser eines Pamphlets aus; ein Adliger, ein Antidemokrat, der seinen Gesinnungsgenossen zwar zugibt, sie hätten recht, wenn sie meinten, das Volk sei arm, ungebildet und gemein, es sei weder fähig noch willens, eine rechte Ordnung (in der Adlige maßgebend waren) einzuhalten. Aber – es habe die Demokratie sehr klug und konsequent eingerichtet, in genauer Kenntnis seiner Interessen, und entsprechend treibe es Politik.

Adliges Leben zielte, kurz gesagt, auf umfassende Selbstentfaltung im hochkultivierten Umgang miteinander, in Muße, im Wettstreit auch – ohne daß die Städte unter adliger Führung viel Ehrgeiz entwickelt hätten. Es drehte sich alles mehr um die Einzelnen als um das Polisganze, abgesehen davon, daß das friedliche Zusammenleben in diesem Ganzen zu regeln war. Demokratie dagegen, ganz besonders die attische, konnte viel stärker das gemeinsame Interesse aller respektive der Mehrheit zur Richtschnur nehmen. Sie trieb bewußt Politik nach außen – im Interesse gerade auch der breiten Schichten.

Das mochte den Adligen als unfein erscheinen, als interessengebunden. Und diejenigen, die uns Schriften hinterlassen haben, gehörten fast alle zur Oberschicht und dachten vor allem – mit Ausnahme der Dramatiker und einiger Redner – an eine Leserschaft aus der Oberschicht. Und diese Oberschicht fühlte sich durch nichts „überholt“. Die Kategorie des Unzeitgemäßen war noch nicht entdeckt. Von daher ist unsere Überlieferung gefärbt. Doch müssen wir uns dadurch nicht veranlaßt sehen, das Volk der attischen Demokratie ebenso einzuschätzen. Der attische Demos (übrigens inklusive mancher Ehrgeiziger unter den Adligen) hatte eben andere Interessen als das Gros der Adligen, Großmachtinteressen. Seine Herrschaft war unruhig (sowie unruhestiftend) und strapaziös (was ebenfalls eigentlich ungriechisch war – und erheblich störte). Aber er hat seine Interessen durchaus verständlich wahrgenommen. Mit großem Erfolg. Bei allem gelegentlichen Überschuß an Leidenschaft. Wie eben jener Antidemokrat es bestätigte.

Offenbar war also „das Volk“ der Athener gar nicht so dumm. Im Gegenteil! Und daß es sich keineswegs nur auf Politik und Krieg verstand, sondern auch am wachsenden Wissen der Zeit teilhatte, zeigen die damaligen Komödien, die dieses Wissen voraussetzen. Zugleich lassen die Tragödien darauf schließen, welch intensives Interesse die Bürgerschaft hatte, diverse Probleme, die sich aus ihrer Politik ergaben, auf der Bühne am Mythos durchgespielt zu sehen, Probleme der Gerechtigkeit, der Vernunft (und ihrer möglichen Verblendung), der Rechtsordnung, des tieferen Zusammen-

hangs der Götter- und der Menschenwelt etc. Und wann sonst in der Weltgeschichte waren demokratische Kommissionen fähig, eine solche Baupolitik bis ins einzelne abzusegnen und zu kontrollieren, wie wir sie auf der Akropolis verwirklicht sehen?

Gewiß, bei allen nachweislichen Erfolgen, bei allem umfassenden Bemühen und Verstehen, bei aller gelungenen Konzeption von Politik – es konnte natürlich nie ausgeschlossen sein, daß das Volk übereilte, daß es falsche Entscheidungen traf. Allein – beobachtet man das nicht auch bei den professionellen Politikern und Volksvertretern unserer Tage? Haben wir heute irgendeine Art von Gewähr dafür, daß sie nicht unsinnige Beschlüsse fassen?

Gewiß zudem, dieses attische Volk hat sich zuletzt mitreißen lassen von einer jener eigentümlichen Strömungen, welche entstehen, wenn eine Menschengruppe durch überraschende Serien von Erfolgen daran gewöhnt wird, ihre Kräfte zu überschätzen und sie zugleich bis zum Äußersten anzuspannen. Da muß sie eine ganze Zeitlang leisten, was eigentlich über ihre Kapazität hinausreicht. Vielleicht will sie gar nicht unbedingt voranschreiten, aber sie kann nicht stehenbleiben. Die Zuversicht, die sich stets neu aus ihren Erfolgen speist, reißt sie zu Weiterem hin. Warner haben da schlechte Karten.

Thukydides hat das genau beschrieben. Man hatte, sagt er, wenig Aussicht, die Athener „gegen ihre Eigenart“ davon zu überzeugen, daß es gut sei, „was ihr besitzt zu bewahren und nicht mit Einsatz dessen, was euch zu Gebote steht, um einen Gewinn, der im Dunkeln der Zukunft liegt, ein Risiko zu übernehmen“. Sie konnten die Grenzen, bis zu denen ihre Macht auszudehnen war, nicht wahrnehmen, weil die sich nicht bemerkbar machten (und weil sie daher irgendwann aufhörten, mit solchen Grenzen zu rechnen). So steuerten sie schließlich in die Katastrophe.

Aber solch ein Sich-Anheimgen an Meinungsströmungen, die vielerlei Unwesen stiften, wie man bald darauf merkt (ohne es recht für möglich zu halten, daß etwa ganze Parlamente daran teilhatten), gibt es ja auch sonst hier und da und nicht zum wenigsten heute, gerade auch in modernen Demokratien und ohne daß die Bürger viel mitzureden hätten. Auch dies ist also kein Argument dagegen, daß man dem attischen Volk im fünften Jahrhundert eine bemerkenswerte Fähigkeit des Mitkommens mit den politischen Problemen, die sich ihnen stellten, attestiert.

Eine solche Demokratie wie die athenische ist – das braucht kaum eigens erwähnt zu werden – in den Größenverhältnissen unserer Zeit nicht mehr möglich. Sie kann uns auch nicht Vorbild sein. Zu unterschiedlich ist alles.

Unsere politische Einheit, der Staat, kann nicht unmittelbar, sondern nur höchst vermittelt vom Volk ausgemacht werden. In den Händen von vermittelnden Instanzen

aber (Regierung und Parlament mitsamt Parteien und Interessengruppen) vereint sich so viel Macht, daß der Staat dem Volk oder besser: der Gesellschaft geradezu entgegentreten kann (so sehr die beiden sich gegenseitig durchdringen). In Erwiderung darauf überläßt das Volk ihm und denen, die ihn wesentlich ausmachen, weithin die Politik. Bezeichnend dafür sind Sätze, die in der Antike undenkbar gewesen wären, wie „darum sollen die Politiker sich kümmern“.

Wir sind nicht Bürgerschaften, sondern Staat und Gesellschaft. Wir politisieren nicht uns selbst (um vornehmlich Bürger zu sein), sondern unsere Angelegenheiten (als Mieter etwa, Kranke, Eltern von auszubildenden Kindern, Arbeitnehmer oder Hundehalter, denen am verbilligten Mehrwertsteuersatz für Hundefutter gelegen ist). Wo griechische Demokratien Faktionen fürchteten, weil sie sie daran hinderten, unmittelbar zum Ganzen zu sein und das Ganze möglichst unmittelbar zur Geltung zu bringen, brauchen wir Parteien. Es kann nicht ausbleiben, daß sich dabei stets neu ein Gefälle zwischen Herrschenden (oder Regierenden) und Beherrschten (oder Regierten) einstellt; zumindest der Macht und politischen Versiertheit nach. Parlamente, „Volksvertreter“ also stehen dem Volk nicht unbedingt näher als der Regierung (und nehmen am staatlichen Paternalismus gern teil), zumal es, aufs ganze gesehen, weniger Volk oder Wählerschaft als Regierung sowie Parteiführer sind, von denen die Abgeordneten Prämien, das heißt etwa Karrierechancen erwarten können. Damit sind immer neue Anlässe zu Enttäuschung, potentieller Unzufriedenheit mit, ja zum Zweifel an der Demokratie im Sinne von Volksherrschaft gegeben. Sie scheinen sich in unsern Jahren relativ stark zu vermehren.

Ein Grund dafür könnte darin liegen, daß das Gegenmodell der Ostblockstaaten nicht mehr da ist, dem gegenüber sich die Vorteile der Demokratie deutlich abzeichneten. Ein anderer könnte aus einer Drehung im Verhältnis zwischen Volk und Volksvertretern resultieren. Bei stärkerer Bindung an Parteien, das heißt zugleich, wenn Vertreter und Vertretene zu guten Teilen vieles gemeinsam anstreben, wenn also größere Gruppen sich in einer Front gegeneinander sehen, um bestimmte Dinge zu erkämpfen oder zu verhindern, wird die Macht von Volksvertretern und Parteien kaum als lästig, vielmehr als erfreulich, ja als eigene Macht von all ihren Gesinnungs- und Kampfgenossen empfunden. Heute dagegen, wo sich kaum klare Alternativen und Fronten abzeichnen, empfindet man viel stärker den Unterschied zwischen Oben und Unten als den zwischen, grob gesagt, Rechts und Links. (Wie ja auch dereinst die gemeinsame Front der Nato-Staaten gegenüber dem Ostblock die Übermacht der USA nicht so sehr hat spüren lassen).

Wie es kommt, daß das Parlament elementare Aufgaben der Wahrung von konstitutionellen Rechten vernachlässigt, so daß es des Bundesverfassungsgerichts bedarf, um es dazu zu veranlassen, mag dahinstehen. Aber förderlich für das Gefühl, in einer Demokratie zu leben, ist es auch nicht.

Ein ganz spezielles Problem ergibt sich aus der Entwicklung der EU, die einerseits nicht demokratisch organisiert ist, andererseits die demokratische Entscheidungsfreiheit der nationalen Parlamente eingrenzt. Trotz eines eigens eingeführten Artikels im Grundgesetz kann der Bundestag kaum kontrollieren, was die eigene Regierung in Brüssel anrichtet oder verschläft. Folglich hat er vieles, was Regierende untereinander beschließen, einfach abzusegnen. Auch das drängt die Frage auf, ob wir wirklich in einer Demokratie leben. Das Europaparlament ist zwar relativ frei, weil es keine Regierung tragen muß, vermag auch einiges, doch fehlt ihm die Öffentlichkeitsentsprechung, die demokratische Einbettung also. Was sich nicht zuletzt auch in der sehr geringen Wahlbeteiligung niederschlägt. Man könnte sich fragen, ob sich darin nicht geradezu ein gut ausgebildeter Sinn für Demokratie zeigt.

Schließlich ist es dem Anspruch, der sich mit dem Demokratiebegriff verbindet, nicht günstig, daß heute zwischen Kontroversität und Mutabilität eine große Lücke klafft. Will sagen, daß das, was sich in den aus verschiedensten Quellen angetriebenen Prozessen verändert, kaum in Kontroversen, in Gegensätze einfangen läßt. Es steht nicht zur Disposition, unterliegt nicht staatlichem Handeln, jedenfalls nicht in positivem Sinne. (Im negativen ist es anders; das lehrt ja nicht zuletzt etwa die zerstörerische Potenz deutscher Kultuspolitik).

Der Welt- (und der Finanz-)markt diktiert so manches. Vieles ist allenfalls in internationaler Zusammenarbeit zu beeinflussen. Prognosen sind schwierig, weil das Prognostizieren eigentlich voraussetzt, daß vieles sich gleich bleibt und über den Rest zumindest einiges zu vermuten ist. Aber was bleibt sich heute schon noch gleich? Unendlich viel ungeahntes Neues kündigt sich an oder macht sich schon breit. Die Gesellschaft tauscht sich nicht nur in der Generationenfolge aus. Wir werden wesentlich von der Synchronie bedingt; auch funktionalisiert. Das Sein bestimmt unser Bewußtsein in einem Ausmaß, das Karl Marx sich nicht einmal hätte träumen lassen. Was noch aus der Diachronie vorhanden ist, ist an Gedenkwesen und Denkmalschutz delegiert. Schon die Gegenwartsanalyse hat stark mit Zukunft zu tun, welche, wie ein Werbespruch es sagt, immer schon heute ist. Es vollzieht sich ja nicht der gute alte Fortschritt, der letztlich zugunsten immer größerer Verbesserung der Lage immer breiterer Schichten in immer mehr Ländern verlief, sondern wir haben es mit unabsehbaren und allenfalls nur wenig regulierbaren Strömungen zu tun; und vieles verläuft zugunsten von Eliten, die sich auf kaum mehr als bestimmte Funktionen (und eigene Vorteile) verstehen.

Wenn nun aber diese und vermutlich andere Gründe über die üblichen Stimmungsschwankungen hinaus eine tiefere Unzufriedenheit mit der Demokratie zeitigen, so wäre zu fragen, ob oder besser: wie weit dem entgegengewirkt werden kann. Gewiß, manches, was man heute der Demokratie zurechnet, ist in unsern Breiten relativ gut gesichert, der Rechtsstaat etwa, der Sozialstaat, auch hat sich eine demokratische

Kultur eingebürgert. Und alle paar Jahre haben wir die Möglichkeit, die Regierung abzuwählen. Nur – geht es bei der Demokratie nicht auch darum, eigentlich demokratische, nämlich volksherrschaftliche Elemente zu pflegen und gegebenenfalls zu beleben? Auch Herrschaft in unserm Namen müßte doch eigentlich in irgendeinem Ausmaß unsere Herrschaft sein.

Dazu braucht es nicht nur freie Wahlen, sondern auch irgendein Ausmaß an Mitdenken, Miturteilen, sei es mehr oder weniger gemeinsam, sei es eher parteilich (und in unter Umständen belebender Auseinandersetzung). Altmodisch gesagt: so etwas wie ein Klima Öffentlicher Meinung; und sie sollte tätig sein, insofern nämlich, als man nicht einfach nur Antworten auf demoskopische Fragen gibt, sondern als Meinungen sich aneinander reiben (auch vieles klären). Lebt Demokratie nicht auch daraus, daß nicht gar so wenige Bürger politische Aktivität entfalten? Oder – aus etwas weiterer Perspektive – ist ein demokratischer Staat, zumal wenn er starken Veränderungen ausgesetzt ist, nicht darauf angewiesen, daß man es auch in der Bürgerschaft damit aufnimmt? In diesem Zusammenhang könnte die vieldiskutierte Frage aktuell werden, ob in Deutschland nicht doch auch auf Bundesebene die Möglichkeit des Volksentscheids eingeräumt werden sollte. Von den Bedingungen der Weimarer Republik sind wir weit entfernt.

Freilich könnte die alte griechische Aristokratenfrage sich wieder regen: Kann das Volk das? Kann es, so muß man heute wohl formulieren, überhaupt mit all den Veränderungen und Komplikationen unserer Welt hinreichend mitkommen?

Aus höchstem Munde wird uns mitgeteilt, daß die Mehrheit des Volkes der Bundesrepublik (soweit ihre Meinung in demoskopischen Umfragen zu fassen war) große Entscheidungen zunächst nicht gutgeheißen hat. Die Begründung der Sozialen Marktwirtschaft etwa, die Ostverträge, die Einführung des Euro. Da soll staatsmännische Voraussicht offenbar „dem Volk“ voraus gewesen sein. Allein, das ist zum Teil eine Binsenwahrheit, daß es gelegentlich möglich ist, durch kühne Entscheidungen positive Wirkungen zu erzielen – gegen Widerstände (oder Unverständnis) sowohl im breiten Volk wie, denn das ist ja hinzuzufügen, auch unter Politikern. Zum andern Teil stellt es ein Problem dar. Denn wie kann man wissen – und woher weiß man –, ob die, die jeweils dagegen waren, wirklich immer hinter dem Mond zurückgeblieben sind, ja, ob sie nicht in diesem oder jenem Fall vielleicht Recht hatten. Was nach heutigem Wissen ja zum Beispiel bei der Einführung des Euro durchaus der Fall sein könnte. Allgemeiner gefragt: Ist wirklich ausgemacht, daß Politiker stets mehr politische Weisheit haben als „das Volk“? Geht es ihnen wirklich besser als der Bank von England, von der einer ihrer Gouverneure, Goodhart, berichtet, daß, wenn sie gelernt habe, mit einer bestimmten Lage umzugehen, diese Lage sich ändert?

Ist wirklich, wie ebenfalls kürzlich aus höchstem Munde zu erfahren war, Vorstellungen über die Zukunft zu entwickeln Sache der Politik? Müssen wir das nicht alle – auch wenn Politiker einiges mehr damit zu tun haben?

Ein anderes Argument gegen Volksentscheide ist, sie fielen zugunsten des Status quo aus. Genau gesehen stimmt auch das nicht unbedingt. Es gibt gute Beispiele, etwa aus München und Bayern, für das Gegenteil. Wie denn auch nicht? Sollte wirklich nur der Ärger über Neuerungen motivierend sein, und nicht auch der über eingewurzelte, zunehmende, als störend empfundene Mißstände?

Es kann kein Zweifel sein, für Politiker bleibt genug zu tun. Demokratie kann man nicht einfach den Bürgern überlassen. Aber sollte man nicht meinen, wenn „das Volk“ sich stärker, aktiver und notfalls auch mit einem geeigneten Hebel in der Hand an der Politik beteiligte, könnte auch der Staat davon profitieren?

Und gibt es nicht auch ein grundsätzliches Argument? Wenn die Griechen fanden, breite Beteiligung an den Ämtern sei wichtiger als Fachkenntnisse oder Bildung, so kann uns das kein Vorbild sein. Aber vielleicht könnte man doch einmal darüber nachdenken, daß Rücksicht auf das, was im Sinne der Demokratie ist, zum Beispiel eine breitere, potentiell aktive Teilhabe derer an der Politik, die von ihren Entscheidungen betroffen sind, von Nutzen sein könnte; wenn man also diesen Begriff ernst nähme? Das Volk also nicht nur belehrte, sondern auch fragte?

Wir erleben eine eigenartige Form von Aufwertung des Staates. In Richtung nicht auf Souveränität, auch nicht auf Verwirklichung nennenswerter Konzepte der Neuorientierung, vielmehr in Richtung auf zunehmende Kontrolle der Bürger, Einengung ihrer Spielräume und korrespondierend dazu auf Resignation und politische Passivität der Bürger. Ist es da nicht Zeit, darauf zu sinnen, wie der Kreislauf zwischen Staat und Bürger, der an sich so belebend und nützlich sein kann, neu zu stabilisieren ist?

Andere Länder unserer Größe wie Frankreich können mit Referenden durchaus leben. Und die EU kann es auch; die Schwierigkeiten sind nicht unbedingt größer als die Vorteile, die ihr daraus erwachsen (eine gewisse Wendigkeit vorausgesetzt; aber vielleicht ist dies Europa ja doch nicht so verkalkt, wie es gelegentlich scheint).

Ich möchte jedenfalls die vielfach bezeugte Grundregel in Frage stellen, je wichtiger ein Problem sei, um so weniger angebracht sei eine Volksabstimmung darüber. Möchte fragen auch, ob man nicht zum Beispiel Grundgesetzänderungen grundsätzlich von Volksentscheiden abhängig machen sollte. Ob Entscheidungen über eine europäische Verfassung – im Unterschied wohl zu einem Vertrag – nicht doch vor das Volk gehört hätten? Und ob das nicht auch für Aufnahmen von EU-Mitgliedern gelten sollte, und nicht nur, sofern es sich um eines handelt, das anschließend das größte und mächtigste sein würde? Demokratie innerhalb eines Staatenbundes – ist das nicht doch ein Problem, das mehr Aufmerksamkeit verdiente?

Blickt man nochmal auf die wirklichen Demokratien im alten Griechenland, so kann man nur wiederholen: Sie taugen nicht zum Vorbild. Und trotzdem: Ist der Grundgedanke der Demokratie als Volksherrschaft nicht vielleicht doch angelegentlicherer Erwägung wert, als ihm normalerweise zuteil wird? Schließlich heißt es immer mal wieder, man müsse „mehr Demokratie wagen“. Oder sind wir wirklich so blöd (und anfällig für bloße Agitation), daß wir nicht begreifen können, was auf dem Spiel steht?

Aber ich muß abbrechen. Nehmen Sie diese Fragen bitte als Fragen! Wohin ich tendiere, ist deutlich. Aber es weiter auszuführen, ist in der Kürze nicht möglich. Darf ich schließen mit dem Satz, der ans Ende von Hegels Philosophie der Geschichte geraten ist:

Ich wünsche Ihnen recht wohl zu leben.

Vorstellung der neuen Mitglieder der Akademie

KLAUS LUCAS

„Sagt mir, lieber Leibniz, wie sollen sie beschaffen sein, die Mitglieder Eurer Societät?“

„Madame, verehrte Churfürstin, sie sollen exzellent sein.“

„Präziser, Leibniz, erklärt Euch präziser, so wie Ihr es auch stets von Anderen fordert.“

„Nun gut, Madame, sie sollen die Ersten ihrer Fächer sein, unabhängig von Herkunft, Religion und Geschlecht. Sie sollen bekannt sein über die Grenzen hinweg. Durch ihre Arbeit sollen sie Ruhm und Glanz des Fürsten und des Staates mehren und der Allgemeinheit nützlich sein.“

„Glanz, lieber Leibniz, das wird meinem Gemahl, dem Churfürsten, gefallen. Aber sagt, arbeiten sollen sie auch, und das sogar nützlich? Gibt es denn solcher Art Personen in unseren Landen?“

„Nicht viele, Madame, aber eben doch einige. Und wie in meiner Denkschrift empfohlen wählen wir sie nicht nur aus Euren churfürstlichen Landen, sondern auch aus anderen Ländern des Reiches und der ganzen Welt.“

„Gut also, Leibniz, dann stellt sie mir vor, die neuen Mitglieder. Erklärt mir ihre Herkunft und ihren Glanz, auch ihre Wissenschaft, aber nicht zu belehrend und vornehmlich verständlich.“

Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

an dieser Stelle verlassen wir das Gespräch zwischen Kurfürstin Sophie Charlotte und Gottfried Wilhelm Leibniz, dem 1. Präsidenten unserer Akademie, das wir eben beauscht haben. Es hat vermutlich nicht wirklich stattgefunden, ist zumindest nicht belegt. Aber es könnte doch stattgefunden haben vor etwas mehr als 300 Jahren, sei es auf den berühmten Spaziergängen der beiden im Park von Lietzenburg, dem heutigen Charlottenburg, oder bei ihren gemeinsamen Teestunden im Schloss ebendort. Die Quellen der Akademiegeschichte jedenfalls, die dankenswerterweise im Akademie-

archiv gepflegt werden, lassen ihre Gedanken und Worte vor 300 Jahren lebendig werden, so, als wären wir dabei gewesen.

Beginnen wir also die Vorstellung der neuen Mitglieder mit der in diesem Jahr einzigen Aufnahme in die Sozialwissenschaftliche Klasse. Hier begrüße ich *Gertrude Lübbe-Wolff*. Geboren 1953 in Weitensfeld/Österreich wechselte sie zum Studium der Rechtswissenschaften zunächst nach Deutschland, nämlich nach Bielefeld und Freiburg, und dann an die Harvard Law School in den USA. Nach der Promotion 1980 in Freiburg verbrachte sie neun Jahre Assistentenzeit an der Universität Bielefeld; 1987 erfolgte dort die Habilitation für die Fächer Öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte der Neuzeit und Rechtsphilosophie. Von 1988 bis 1992 war sie Leiterin des Umweltamtes ihrer Stadt, bevor sie 1992 als Professorin für Öffentliches Recht an die dortige Fakultät für Rechtswissenschaften berufen wurde, ihre heutige Position.

Gertrude Lübbe-Wolff vereint in ihrer Person in beispielhafter Weise theoretische mit praktischen Interessen, Leibniz würde sagen „Theoria cum Praxi“, indem sie Grundlagenforschung zur Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie mit praktischen Aufgabenstellungen, z.B. ihres verwaltungsrechtlichen Spezialgebietes, dem Umweltrecht, kombiniert. Für ihre Forschung wurde sie im Jahre 2000 mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet. Sie war außerdem in ihrer Universität in den Jahren 1996 bis 2002 Geschäftsführende Direktorin des Zentrums für interdisziplinäre Forschung. Aber auch außerhalb der Universität hat sie beachtliche Aktivitäten entwickelt. So war sie neben zahlreichen Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Gremien in den Jahren 2000 bis 2002 Vorsitzende des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen und ist seit April 2002 zudem Richterin des Bundesverfassungsgerichtes. Dies alles hindert sie im Übrigen nicht daran, gelegentlich in vielgelesenen Zeitmagazinen ebenso praktische wie ewige Fragestellungen zu beantworten, wie z.B. „Was ist Weiblich?“.

Die Akademie ist sehr glücklich über diese Ergänzung ihrer Kompetenz im juristischen Bereich und die Verstärkung ihrer interdisziplinären Arbeit. Gertrude Lübbe-Wolff!

Als neues Mitglied der Biowissenschaftlich-medizinischen Klasse begrüße ich *Jörg Hacker*. Jörg Hacker, geboren 1952 in Mecklenburg, ist Biologe. Nach Studium und Promotion in Halle wechselte er 1980 in die Bundesrepublik, an die Universität Würzburg, zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Habilitation 1986), dann als Professor für Mikrobiologie; 1993 wurde er dort zum Professor und Vorstand des Instituts für Molekulare Infektionsbiologie berufen. Vom März 2008 bis zum März 2010 war er Präsident des Robert Koch-Instituts, als solcher mit häufiger Fernsehpräsenz im Kontext der Schweinegrippe. Seit März 2010 ist er nunmehr Präsident

der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften.

Jörg Hacker befasst sich mit den molekularen Grundlagen von Infektionskrankheiten und ihren Erregern, seien es nun Salmonellen, Legionellen oder Staphylokokken oder was auch immer. Für seine Beiträge ist er in vielfacher Weise ausgezeichnet worden, durch Preise, Ehrendoktorwürden, Mitgliedschaften in hochrangigen wissenschaftlichen Gesellschaften, zu zahlreich, um hier vollständig Erwähnung zu finden. Gleichwohl seien genannt der Akademiepreis der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (1988), die Universitätsmedaille der Universität Helsinki (1992), der Gay-Lussac-Humboldt-Wissenschaftspreis(2008) sowie das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland (2009).

So sehr Jörg Hacker nun der erklärte Feind von Bakterien, Viren und vielleicht noch sonstigen unangenehmen kleinen Tierchen ist, so sehr ist er geschätzt als Freund und Partner der eher großen Tiere im Wissenschaftssystem unseres Landes. Denn diesen stellt er seine Kompetenz mit großem Engagement zur Verfügung, z.B. als langjähriger Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats „Technik-Theologie-Naturwissenschaften“, sowie als gefragter Gutachter zur Problematik der Gentechnik und Stammzellenforschung einschließlich ihrer ethischen Dimensionen. Nun ist er auch Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, einer Institution, die sich der interdisziplinären Forschung und Gesellschaftsberatung verpflichtet fühlt und die sich daher auf die Verstärkung ihrer Kompetenz durch Jörg Hacker besonders freut.

Ich gehe über zu den von Leibniz so bezeichneten realen Wissenschaften, also Chemie, Physik und Mathematik, in der Akademie beheimatet in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, und begrüße als neues Mitglied hier zunächst *Thomas Carell*. Thomas Carell, geboren 1966 in Herford, studierte Chemie in Münster und Heidelberg, wo er 1993 promovierte, ging dann für zwei Jahre an das MIT in den USA, anschließend für fünf Jahre zum Aufbau einer Nachwuchsforschergruppe an die ETH Zürich, wo er sich habilitierte. Nach einem weiteren Zwischenaufenthalt von 2000 bis 2004 als ordentlicher Professor in Marburg legte er schließlich den Wanderstab 2004 zur Seite, um den traditionsreichen Lehrstuhl für Bioorganische Chemie an der Ludwig-Maximilians-Universität München zu übernehmen.

Thomas Carell beschäftigt sich insbesondere mit der Chemie von DNA-Reparaturprozessen, die für alle Organismen von großer Bedeutung sind, z.B. im Kontext von Krebsentstehung und den Alterungsprozessen. In München hat er damit eine der weltweit sichtbarsten Gruppen auf dem Gebiet der Nukleinsäurechemie aufgebaut. Er leitet ein von ihm mitbegründetes Exzellenz Cluster Center sowie einen Sonderforschungsbereich. Seine spektakulären Arbeiten werden in den Wissenschaftsteilen re-

nommierter Tageszeitungen diskutiert und führten unter seiner Leitung inzwischen auch zur Gründung eines start-up Unternehmens, *Theoria cum Praxi*. Es überrascht nicht, dass Thomas Carell in seiner mit 44 Jahren noch jungen Karriere bereits zahlreiche Auszeichnungen erhalten hat, wiederum zu viele, um sie hier vollständig aufzuzählen. Immerhin sei erwähnt, dass er im Jahre 2003 den renommierten Leibniz-Preis erhielt und in Würdigung seines besonderen Anwendungsbezuges im Jahre 2006 den Philip Morris Forschungspreis. Seit heute ist er nun Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Hier freuen wir uns auf die Mitwirkung einer anerkannten Wissenschaftlerpersönlichkeit mit breiten Interessen, sowohl in zahlreichen benachbarten Wissenschaftsgebieten als auch in der Wissenschaftspolitik.

Ich begrüße *Thomas Elsässer*. Thomas Elsässer, geboren 1957 in Tübingen, hat in Heidelberg und München Physik studiert. Schon im Rahmen seiner Dissertation in München 1986 hat er sich mit Kurzzeitspektroskopie beschäftigt, sein primäres Arbeitsgebiet. Nach einem Aufenthalt in den renommierten AT & T Bell Laboratories in den USA habilitierte er sich 1991 an der TU München. Bereits im Jahre 1993 wurde er auf Grund seiner herausragenden wissenschaftlichen Erfolge im jungen Alter von nur 35 Jahren als Direktor an das neu gegründete Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie in Berlin-Adlershof berufen, eine Position, die er noch heute innehat. Zudem ist er seit 1994 Professor für Experimentalphysik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Elsässers Untersuchungen konzentrieren sich auf Kurzzeitprozesse in der Physik von Festkörpern, Flüssigkeiten und (bio)molekularen Systemen. Er hat hierfür eine Reihe neuer Lichtquellen und Messverfahren entwickelt, die einen sehr breiten Spektralbereich abdecken. Seine primären Anwendungen sind das Verständnis der Ladungsträgerdynamik in Halbleitern sowie die direkte Beobachtung transienter Strukturänderungen in Kristallen und Biomolekülen.

Thomas Elsässer ist durch zahlreiche Preise und Mitgliedschaften ausgezeichnet worden. Erwähnt werden soll hier nur der in seiner Community besonders renommierte Otto-Klung-Preis, sowie seine Auszeichnung als Fellow der Optical Society of America. Er ist in der Berliner Wissenschaftslandschaft ebenso wie auf nationaler und internationaler Ebene hervorragend vernetzt, in zahlreiche wissenschaftliche Kooperationen eingebunden und engagiert sich auch mit großem Erfolg wissenschaftsorganisatorisch und wissenschaftspolitisch. Seit heute ist er nun auch Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, und wird diese Institution sicher nicht nur durch seine Wissenschaft sondern auch darüber hinaus erfolgreich bei der Erfüllung ihres Auftrages der Vernetzung von Wissenschaftsstrukturen innerhalb Berlins und darüber hinaus unterstützen können.

Schließlich begrüße ich *Wendelin Werner*. Wendelin Werner, 1968 in Köln geboren, seit 1977 Inhaber der französischen Staatsbürgerschaft, ist Mathematiker. Bereits mit 29 Jahren wurde er Professor an der Université Paris-Sud, seit 2005 ist er zugleich Professor an der Ecole Normale Supérieure, ebenfalls in Paris.

Das Arbeitsgebiet von Wendelin Werner ist die Wahrscheinlichkeitstheorie, wobei er faszinierende Brücken zwischen Mathematik und Physik, insbesondere der Statistischen Physik, schlägt, z.B. bei der Untersuchung von Phasenübergängen mit kritischen Phänomenen und sogenannten selbstvermeidenden Irrfahrten. Seine Arbeiten sind durch zahlreiche hochkarätige Preise ausgezeichnet worden, wovon hier insbesondere die Fields Medaille genannt werden soll, die wichtigste, häufig mit dem Nobelpreis verglichene Auszeichnung für Mathematiker. Seit 2008 ist er Mitglied der französischen Akademie der Wissenschaften.

Die noch junge Biographie von Wendelin Werner, er ist gerade einmal 42 Jahre alt, ist alles andere als eintönig. Damit ist nicht allein sein im Alter von neun Jahren erfolgter Wechsel der Staatsbürgerschaft gemeint. Er hat auch eine nicht unbedeutende Rolle als jugendlicher Schauspieler in dem bekannten Film „Die Spaziergängerin von Sanssouci“ an der Seite von Romy Schneider und Michel Piccoli gespielt. Meine Damen und Herren, Wissenschaftliches Genie mit einem Schuss Schauspielertalent, das sind die Ingredienzien, die eine Person geradezu unentbehrlich für unsere Akademie machen. Hinsichtlich seiner Arbeitsgebiete, den Kritischen Phänomenen und den Selbstvermeidenden Irrfahrten, glauben wir Wendelin Werner hier in der Akademie einiges an Anschauungsmaterial bieten zu können. Wir wollen also gern hoffen, dass er seine Fachkompetenz auch in dieser Institution zur Verfügung stellen möge, denn ab heute ist er ihr Mitglied, wozu wir herzlich gratulieren.

„Madame, das sind sie, die neuen Mitglieder unserer Societät. Was sagt Ihr?“

„Lieber Leibniz, ich bin entzückt. In der Tat: sie alle haben ein hohes Ansehen weit über die Grenzen hinweg, sie kommen nicht nur aus unseren kurfürstlichen Landen, sondern auch aus anderen Teilen des Reiches, sogar bis herab aus Bayern. Und dann ein Deutscher, der nun Franzose ist – ein ehemaliger Komödiant – und eine gebürtige Österreicherin, die nun Preußin ist. Wahrlich, Leibniz, Eure Denkschrift lebt. So ist es gut. Aber sagt mir, was wird das alles kosten? Bedenkt die schmale Schatulle meines Gemahls, des Churfürsten.“

„Seid ganz unbesorgt, Madame. Lest nur auch hierzu meine Denkschrift. Die Mitwirkung der Mitglieder in der Societät wird die Schatulle Eures Gemahls nichts kosten. Es reicht die Bezeugung Seines geneigten Wohlwollens. Denn seht, sie haben ihre Anstellungen an anderen Orten und werden ihre zusätzlichen Beiträge in der Societät

für nichts weiter als Ehre und gelegentlich gute Worte von Seiten des Churfürsten leisten. Und wird man erst merken, dass Churfürstliche Durchlaucht an ihrer Arbeit ein besonderes Vergnügen haben, so werden es die tauglichsten Gelehrten in Euren Landen als Ehre empfinden, mit der Societät zusammenzuarbeiten, sodass dies alles von großer Wirkung sein wird.“

„Das, lieber Leibniz, ist nun wirklich sonderbar. Arbeit nur gegen Wohlwollen und gute Worte, und doch mit großer Wirkung? Wir kennen solcherlei Personen im Staate sonst nicht, wie Ihr wohl wisst. Was ist das Geheimnis?“

„Das Geheimnis ist einfach, Madame: es ist ihr Wesen. Sie leisten gern etwas Sonderliches für Wissen und Erkenntnis sowie für Gnaden, die in „honore“ bestehen. Zeigt ihrer Wissenschaft Euer Interesse und Wohlwollen, und Ihr werdet sehen, das macht sie glücklich und treibt sie an.“

„Lieber Leibniz, das muss ich sofort meinem Gemahl, dem Churfürsten, berichten. Er wird es nicht verstehen und nicht oft danach handeln, aber er wird es doch gerne hören. Nur eine letzte Frage noch: Wird denn solches auch in der Zukunft Bestand haben?“

„Gewiss, Madame, so wird es sein. Wartet nur und blickt auf die Societät in 300 Jahren. Dann werdet Ihr es sehen.“

„Leibniz, ich gehe und werde den Churfürsten daran erinnern, recht häufig gute Worte für die Mitglieder der Societät zu finden. Ihr jedenfalls genießt Euren hohen Ruf zu Recht: Arbeit und Glanz für den Staat gegen Wohlwollen und gute Worte! Eine großartige Idee! Wahrlich, Leibniz, Ihr seid ein Genie.“

Bericht des Präsidenten Günter Stock

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften wird das Jahr 2010, denke ich, voraussichtlich ein gutes Jahr sein: So werden Ende des Jahres zwei traditionsreiche Akademievorhaben, nämlich die *Griechischen Christlichen Schriftsteller* und das *Corpus Medicorum Graecorum/ Latinorum*, ihre langjährige Tätigkeit erfolgreich beenden können. Und an ihre Stelle werden dann zwei neue Vorhaben treten: *Galen als Vollender, Interpret und Vermittler der antiken Medizin* und *Die alexandrinische und antiochenische Bibelexegese in der Spätantike*.

Beide Neuvorhaben werden – vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, nachdem die beteiligten Gremien der Akademie und der Union der deutschen Akademien sich bereits nachdrücklich für die Aufnahme in das Akademienprogramm ausgesprochen haben – dafür Sorge tragen, dass Inhalte und Methoden sowie Erfahrung und Wissen der alten Akademievorhaben in den neuen weiterleben. Somit werden sie auch in erheblichem Maße zur Kernaufgabe des Akademienprogramms, nämlich der Wahrung, Sicherung und Vergegenwärtigung unseres kulturellen Erbes beitragen.

Dieser außerordentlich wichtigen Aufgabe ist auch das dritte Neuvorhaben, das wir beantragt haben und für das ebenfalls noch der Finanzierungsvorbehalt gilt, verpflichtet. Es trägt den Titel: *Neuedition, Revision und Abschluss der Werke Immanuel Kants*.

Mit allen drei Neuvorhaben, die ich Ihnen im Folgenden kurz vorstellen möchte, werden Desiderate der Forschung mit modernen Fragestellungen angegangen. Doch zuvor möchte ich in diesem Zusammenhang die erfreuliche Tatsache hervorheben, dass uns für diese Vorhaben auch bereits die Kofinanzierungszusagen der Länder Berlin und Brandenburg vorliegen – ein Umstand, der für die bewilligten Vorhaben anderer Akademien durchaus nicht als selbstverständlich anzusehen ist.

Galen von Pergamon, neben Hippokrates der wohl wichtigste Mediziner der Antike, hat ein umfangreiches Werk hinterlassen, das die Geschichte der Medizin nachhaltig geprägt hat und zum Teil noch bis in die heutige Zeit nachwirkt. Das Akademien-



Abbildung 1
Galen von Pergamon; Ausschnitt aus dem sog. „Ärztbild“. Wien,
Österreichische Nationalbibliothek, Cod. Med. 1, fol. 3v (Anfang
6. Jh. n. Chr.)

vorhaben wird sich daher mit der Edition, Übersetzung, Kommentierung und historischen Kontextualisierung der Galenischen Werke befassen.

Wer aber dabei nun etwa glaubt, dass mit dieser erneuten Stärkung unserer Forschungsarbeiten zur Alten Welt eher traditionellen Vorhaben der Weg geebnet würde, irrt. Wenngleich der wissenschaftliche Fortschritt in den vergangenen zweihundert Jahren viele technische Aspekte der antiken Medizin obsolet gemacht hat, bleiben neben der Betonung der präventiven Aspekte einer von der Medizin geleiteten Lebensführung gerade die medizintheoretischen Aspekte nach wie vor aktuell. Ungeachtet der faszinierenden Fortschritte, die in Diagnose und Therapie oftmals zu veritablen Durchbrüchen geführt haben, lernen wir auch zunehmend, dass wir ein lebenslanges Gesundheits-, aber auch ein Krankheitsmanagement benötigen.

Galen ist daher ein ausgesprochen wichtiger Vordenker auf diesem Gebiet, da er eine von der Medizin geleitete Lebensführung nicht nur propagiert, sondern diese auch theoretisch entwickelt hat. Somit hat er sich in einer geradezu umfassenden Weise mit einem – modern formuliert – lebenslangen Gesundheitsmanagement befasst, das uns nur in Staunen versetzen kann.

Im Mittelpunkt des zweiten Neuvorhabens steht die alexandrinische und antiochenische Bibelexegese in der Spätantike. Es verfolgt das Ziel, durch kritische Editionen maßgeblicher Kommentare und Predigten zu alttestamentlichen Texten aus der Spätantike sowie vergleichende Untersuchungen einen zentralen Ausschnitt der antiken Bibelauslegung zu erschließen.

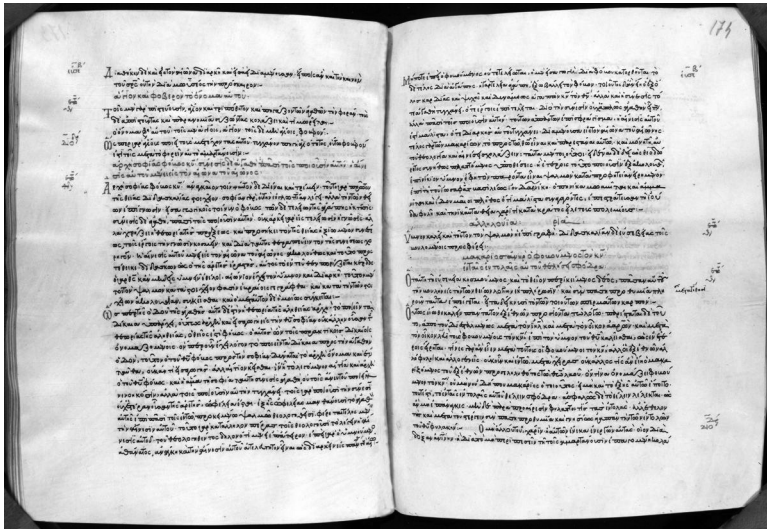


Abbildung 2
Handschrift aus dem Kloster St. Johannes auf der Insel Patmos; sie enthält eine Katene (= Kettenkommentar) zu den Psalmen. Ms. Patmiacus 215, fol.172v+173r (um 1200). © Kloster St. Johannes, Bibliothek.

Der Gegensatz zwischen antiochenischer und alexandrinischer Biblexegese spielte eine zentrale Rolle bei den konfessionellen Auseinandersetzungen der Frühen Neuzeit und reicht bis in die Debatten des 19. und 20. Jahrhunderts über die Hermeneutik von Dilthey bis Gadamer.

Damit werden nicht nur Texte mit einer reichen Wirkungsgeschichte bis in die Neuzeit hinein erstmals in kritischen Ausgaben vorgelegt, sondern Grundlagenforschung zur Geschichte von Hermeneutik, Literaturwissenschaft, Philosophie und Theologie betrieben, die weit über den engen Bereich der Antikforschung hinaus von wissenschaftlichem, wissenschaftshistorischem und kulturellem Interesse ist.

Mit diesen beiden von mir skizzierten Vorhaben und ihrer Zusammenarbeit mit dem Berliner Exzellenz-Cluster „TOPOI – The Formation and Transformation of Space and Knowledge in Ancient Civilizations“, wird auch die Vernetzung mit anderen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Bereich der Altertumswissenschaften weiter vorangetrieben.

Der nach dem Abschluss der Sanierung des Gebäudes der Staatsbibliothek Unter den Linden Ende 2011/ Anfang 2012 geplante Rückzug der Akademiebibliothek einschließlich der Teilbibliothek Griechisch-Römische Altertumskunde in den sogenannten Akademiefügel und die dortige Ansiedlung der im *Zentrum Grundlagen-*

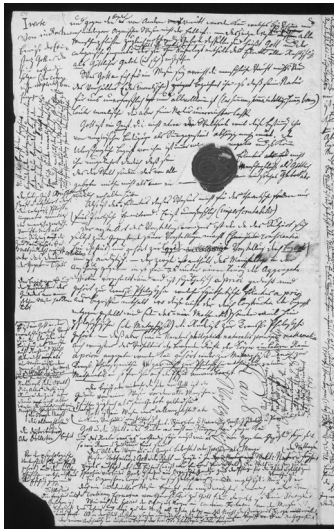


Abbildung 3
Immanuel Kant, „Opus postumum“, Ms. germ. fol. 1702, Conv.
VII, S. 24. Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung.

forschung Alte Welt kooperierenden altertumswissenschaftlichen Vorhaben der Akademie bietet daher eine großartige Chance für die Akademie und für Berlin, diese Einrichtungen nunmehr auch in einer sichtbaren Einheit zusammenzuführen. Diese verfügt zudem über den Vorteil der räumlichen Nähe zur Humboldt-Universität und zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Wir werden damit ein Forschungszentrum etablieren können, das nicht nur seinesgleichen in Deutschland sucht, sondern uns zudem auch weitere attraktive Synergien eröffnet, so dass Berlin auf diese Weise als international führender Standort der Altertumswissenschaften weiter gestärkt werden kann.

Lassen Sie mich nun zu unserem dritten Neuvorhaben kommen: Immanuel Kant zählt zweifelsohne zu den ‚Klassikern der Philosophie‘, der seit jeher großes internationales Interesse auf sich zieht.

Die Akademie hat in einem Vorhaben, das zum 31. Dezember 2010 beendet wird, bisher noch unveröffentlichte Teile des Kantschen Œuvres ediert. Im Rahmen dieser Arbeiten hat sich jedoch herausgestellt, dass das einst als ‚Musterausgabe‘ für vergleichbare Editionen geplante Werk an vielen Stellen dem seinerzeit postulierten Anspruch an eine historisch-kritische Edition nicht mehr gerecht wird.

Das neue Vorhaben wird nun die Gesamtausgabe der Werke des bedeutenden Königsberger Philosophen und Mitglieds der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu einem endgültigen Abschluss bringen, indem es zwei Abteilungen neu oder in revidierter Form ediert, essentielle Textlücken füllt und die Forschungs-

ergebnisse der letzten 60 Jahre berücksichtigt. Damit wird sowohl ein Desiderat der Forschung als auch eine der bereits erwähnten Kernaufgaben des Akademienprogramms erfüllt. Und erst mit diesen Arbeiten wird die Kant-Ausgabe zu dem, was sie ursprünglich einmal war, inzwischen aber nicht mehr ist, nämlich *die* internationale Referenzausgabe für die wissenschaftliche Forschung.

Was die Arbeit der interdisziplinären Arbeitsgruppen der Akademie anbetrifft, so möchte ich an dieser Stelle im Wesentlichen auf die Zwischenbilanz und die Empfehlungen unserer Arbeitsgruppe zur „Exzellenzinitiative“ hinweisen.

Es hat in den letzten Jahrzehnten nur wenige Eingriffe in der deutschen Hochschullandschaft gegeben, die so nachhaltig sind wie die „Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“. Daher waren wir der Meinung, dass die Ergebnisse sowie die gewünschten und auch nicht beabsichtigten Auswirkungen dieser Initiative von einer unabhängigen Institution, wie es die Akademie ist, beleuchtet werden sollten, um dieses wichtige hochschulpolitische Vorhaben kritisch zu begleiten und möglicherweise Ratschläge für eine Fortsetzung geben zu können.

Zwar haben von verschiedenen Seiten ausgerichtete Podiumsdiskussionen zu diesem Thema stattgefunden, aber einzig die Begleitstudie unserer Akademie hat es sich zum Ziel gemacht, den gesamten mit der Exzellenzinitiative verbundenen Prozess zu beobachten und partiell zu bewerten.

Dabei sind fünf Fallstudien entstanden, die sich mit den Themen „Internationaler Vergleich“, „Erfolgreiche Cluster“, „Abgelehnte Cluster“, „Dritte Förderlinie“ und „Evaluationspolitik“ befassen. Über die Bestandsaufnahme hinaus geben die Autoren auch Empfehlungen zur Durchführung der im Herbst dieses Jahres bevorstehenden neuen Runde der Exzellenzinitiative.

Die Studie ist mittlerweile publiziert und hat – denke ich – durchaus Aufsehen erregt. Sie erfreut sich zudem einer regen Nachfrage von Wissenschaftsförderern und der Wissenschaftspolitik.

Lassen Sie mich einige ihrer Kernpunkte noch einmal zusammenfassen: Die Exzellenzinitiative wird ausdrücklich begrüßt. Das Vorgehen zeigt, dass durch das Setzen kluger *Incentives*, also intelligenter Anreizsysteme, auch im deutschen föderalen Hochschulsystem eine Dynamik in Gang gesetzt werden kann, die man seit Jahrzehnten nicht mehr für möglich gehalten hatte.

Das wichtigste ist dabei jedoch, dass wissenschaftliche Kriterien als Prüfkriterien angelegt wurden, die ihrerseits als außerordentlich erfolgreich bestätigt wurden. Obgleich die positiven Wirkungen der Exzellenzinitiative nicht zu übersehen sind, hat der Sprecher der Arbeitsgruppe, unser Mitglied Stephan Leibfried, einen der wichtigsten Kernpunkte der Studie so formuliert: „Die Universitäten der Ivy League und die

ETH Zürich sind auch nicht in zehn Jahren, sondern eher in Jahrhunderten exzellent geworden. Exzellenz kann man als Projekt angehen, man muss dann aber nachhaltig mit Strukturpolitik nachfassen.“

In der Vergangenheit haben wir – so denke ich – zu oft ‚Exzellenzpolitik‘ gesagt und dann letztlich doch nur ‚Strukturpolitik‘ gemacht. Diese Initiative widmet sich der Exzellenz und so sollte es nach unserer Auffassung auch bleiben, eröffnet sie doch gleichzeitig gute Möglichkeiten, auch strukturell wirksam zu werden – und hier besteht eine große Verantwortung für die Länder. Wenn es uns allerdings nicht gelingt, Schwerpunkte zu setzen – ich könnte auch sagen: *Mainstream*-Forschung gut zu betreiben – und daneben wichtige Wissens- und Forschungsgebiete ebenfalls zu fördern, die momentan nicht, noch nicht oder nicht mehr Teil des *Mainstream* sind, dann werden wir mit der Exzellenzinitiative eine Verzerrung und Verarmung der Wissenschaftslandschaft bewirken, die niemand wollen kann und wollen darf.

Eine Universität ist mehr als die Bildung von Clustern. Eine Universität ohne Clusterbildung mit den anderen Wissenschaftsinstitutionen und ohne Profilbildung ist jedoch nicht möglich. Das heißt, es gilt eine außerordentlich schwierige und delikate Balance zu halten, und es gilt in Eigenverantwortung sowohl Antworten auf Herausforderungen zu finden als auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu identifizieren.

Natürlich ist es richtig, dass die Exzellenzinitiative bisher nur den forschenden Teil der Universität berücksichtigt hat. Wenn wir aber die gesamte Universität im Humboldtschen Sinne als Einheit von Forschung und Lehre begreifen, dann müssen wir auch Sorge dafür tragen, dass die Lehre den Stellenwert erhält, der ihr entspricht und den sie braucht. Auch darauf haben wir in unseren Empfehlungen zur Exzellenzinitiative hingewiesen.

Die Differenzierung innerhalb der deutschen Universitätslandschaft ist längst gegeben. Es ist nur nicht politisch korrekt, dies öffentlich zu thematisieren. Und wenn die durch die Exzellenzinitiative ausgelösten Debatten schließlich auch die Diskussion darüber eröffnen, wie Bund und Länder ihre Verantwortung in der Bildungspolitik strukturieren sollten, dann, meine Damen und Herren, sollte uns dies im Bereich der Wissenschaft gerade recht sein.

Unter Leitung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina sowie gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech und den anderen in der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften zusammengeschlossenen Akademien nimmt unsere Akademie Aufgaben der Nationalakademie wahr. In diesem Zusammenhang haben wir zwischenzeitlich eine Reihe von Empfehlungen zur Stammzellenproblematik, zur Novellierung der EU-Tierversuchsrichtlinie 86/609/EWG, aber vor allem zu einem Energieforschungskonzept formuliert –

letzteres ging auf den ausdrücklichen Wunsch und die Bitte der Bundesregierung zurück.

Wir haben der Politik die gemeinsame Empfehlung für ein integratives und disziplinenübergreifendes Energieforschungskonzept zeitgerecht übergeben, ohne dabei jedoch Entscheidungen darüber zu treffen oder vorwegzunehmen, welche Art von Forschung auf dem Energiesektor bzw. gar welche Art von Energiepolitik betrieben werden sollte. Vielmehr haben wir unter Abwägung der Konsequenzen die verschiedenen Forschungsbereiche mit großer Sorgfalt dargestellt, so dass wir als Wissenschaftler, so denke ich, nunmehr der Politik die Möglichkeit eröffnet haben, noch im Laufe dieses Jahres ein Konzept und eine Strategie für eine politische Weichenstellung auf dem Energiesektor in Deutschland auszuarbeiten.

Wenn es der Nationalakademie – wie beabsichtigt und bereits begonnen – gelingt, dieses Konzept auch zum Ausgangspunkt für eine längerfristig angelegte, lebendige Auseinandersetzung mit der Energiethematik zu machen und auch die daraus abgeleiteten neuen Programme in ihrer Entstehung und Durchführung zu begleiten, dann haben wir mit der Nationalen Akademie ein Instrument der Gesellschafts- und Politikberatung gefunden, welches dem Anspruch gerecht wird, nicht nur kurzfristig auf allgemeine Notwendigkeiten und Fragen des Wissenschaftssystems zu reagieren. Vielmehr haben wir modellhaft und paradigmatisch illustriert, wie wir unsere Verantwortung für systemische und systematische Ansätze für die Wissenschaftspolitik im weitesten Sinne ethisch-moralisch, aber vor allem interdisziplinär begründen und begleiten.

Gestatten Sie mir abschließend noch einige Bemerkungen zum Berliner Wissenschaftsjahr 2010, das ganz im Zeichen von fünf großen Jubiläen bedeutender wissenschaftlicher Institutionen steht: 350 Jahre Staatsbibliothek, 300 Jahre Statut der Kurfürstlich Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften, 300 Jahre Charité, 200 Jahre Humboldt-Universität zu Berlin und 100 Jahre Max-Planck-Gesellschaft (vormals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) – Anlass für die Wissenschaftsstadt Berlin und auch für uns, die gesamte Metropolenregion zur Feier eines gemeinsamen Wissenschaftsjahres einzuladen, das unter dem Motto steht: „Berlin – Hauptstadt für die Wissenschaft W²⁰¹⁰“.

Zu den großen Höhepunkten und zentralen Ereignissen dieses an öffentlichen Veranstaltungen reichen Jubiläumsjahres gehören zweifelsohne die gemeinsame Ausstellung „WeltWissen“, die am 24. September im Berliner Martin-Gropius-Bau ihre Tore für die Öffentlichkeit öffnen wird, und die Festwoche im Oktober 2010 – zu beidem möchte ich Sie bereits heute herzlich einladen.

Ich denke, wenn mittlerweile das blaue „W“ mit dem kleinen Bären, dem sogenannten Schlaubären, aufscheint, dann wissen mehr und mehr Menschen in der Stadt, dass es hier um das Wissenschaftsjahr 2010 geht. Einige von Ihnen mögen sich



Abbildung 4
Wissenschaftsjahr 2010 mit Schlaubär

gewundert haben, warum die Akademie das Jahr ihrerseits mit einem 300. Jubiläum mitfeiert.

Der Grund für diese Beteiligung ist zunächst ein ganz formaler: So hatte der preußische Kurfürst Friedrich III. mit der Unterzeichnung des von Gottfried Wilhelm Leibniz, der in der späteren preußischen Königin Sophie Charlotte eine kongeniale Partnerin für sein Vorhaben gefunden hatte, entworfenen Stiftungsbriefes und der Generalinstruktion bereits 1700 über die Gründung der Kurfürstlich Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften entschieden.

Das erste Statut der späteren Preußischen Akademie der Wissenschaften, in deren Tradition auch wir stehen und das ihr die eigentliche Arbeitsaufnahme ermöglichte, wurde jedoch erst 1710 erlassen. Im selben Jahr erschien auch der erste Band der von Leibniz gegründeten wissenschaftlichen Publikationsreihe *Miscellanea Berolinensia*, und im Januar 1711 wurde die Sozietät schließlich feierlich eröffnet.

Mit unserer aktiven Beteiligung am Wissenschaftsjahr 2010 möchten wir überdies auch deutlich machen, dass die Akademie im historischen Kontext betrachtet bereits bei der Formierung der brandenburgisch-preußischen Wissenschaftslandschaft eine zentrale gestaltende Rolle eingenommen hat, die sie auch in der heutigen Metropolenregion künftig weiter auszugestalten bereit ist.

Für Leibniz existierte kein Gegensatz zwischen den Geisteswissenschaften auf der einen und den Naturwissenschaften auf der anderen Seite. Für ihn waren vielmehr der Fortschritt des Wissens und die Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung Triebfedern seines Denkens und Handelns. Daher setzte er sich auch im Unterschied insbesondere zu den bereits in London, Paris und Schweinfurth (*Academia Naturae Curiosorum*, die heutige Leopoldina) bestehenden Institutionen für die Gründung einer Akademie ein, die nicht nur die Naturwissenschaften, sondern *alle* wissenschaftlichen Disziplinen vereinen und die damit zur ersten ihrer Art werden sollte. Dass diese Akademie zudem auch die sich schon damals abzeichnende Kluft zwischen Theorie und Praxis überwinden wollte, auch dies war eine Innovation, die heute moderner nicht sein könnte.

Akademienmitglieder wie die Gebrüder Alexander und Wilhelm von Humboldt – letzterer begründete die Berliner Universität und ihre inhaltliche Strukturierung –, Adolf von Harnack, Friedrich Schleiermacher und Christoph Wilhelm Hufeland

gehören zu den geistigen Vätern und Initiatoren grundlegender institutioneller Entwicklungen der Berliner Wissenschaftslandschaft mit Wirkungen weit über die Stadt hinaus, die heute noch prägend sind.

Es waren Debatten *in* der Akademie, aber vor allem *mit* Akademiemitgliedern, die beispielsweise dazu führten, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet werden konnte. Und es waren Akademieprofessoren – der berühmteste war sicherlich Albert Einstein –, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts dafür sorgten, dass große Wissenschaftler in unsere Region kommen konnten.

Meine Damen und Herren, ich habe diesen kurzen historischen Abriss nicht gegeben, um an die (nicht immer) ‚glanzvolle‘ Vergangenheit der Akademie zu erinnern, sondern ich möchte Ihnen damit zeigen, an welcher zentralen und integrativen Stelle die Akademie im Verlaufe ihrer Geschichte immer stand, und vor allem welche große Aufgabe sie bei der Revitalisierung dieser sehr alten und großen Tradition unserer Metropolenregion für die Wissenschaft hat.

Die Akademie ist ein Verbindungsglied zwischen den verschiedenen großen Wissenschaftsinstitutionen dieser Stadt und der sie umgebenden Region, und sie muss diese Rolle spielen, weil die Komplexität und die schiere Größe des Wissenschafts-systems in unserer Region solcher zusammenführenden und integrierenden Kräfte bedarf. Das heißt jedoch nicht, dass die Akademie die einzige Institution ist, die sich dieser Aufgabe stellt, aber sie muss einer der Integratoren sein, will sie ihre Rolle als Hauptstadtakademie, die auf sie gekommen ist, in einer vernünftigen Weise wahrnehmen. Dies ist unserer Auftrag und dazu sind wir alle eingeladen mitzuwirken.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit, die Sie meinem Bericht, aber vor allem der heutigen Festsitzung entgegengebracht haben, und lade Sie nunmehr herzlich zu einem kleinen Empfang in den Leibniz-Saal des Akademiegebäudes ein.

Die Künstlerinnen der Festsitzung



Die Sopranistin Brigitte Geller ist Solistin an der Komischen Oper und eine gefragte Konzertsängerin. Geboren und aufgewachsen ist sie in der Schweiz, wo sie an der Musikhochschule Basel das Flötenstudium mit der Konzertreife und dem Orchesterdiplom abschloss (1991) sowie das Gesangsstudium mit dem Solistendiplom (1992); in beiden Fächern erhielt sie auch das Lehrdiplom.

Im Anschluss daran war sie Ensemble-Mitglied des Theaters der Stadt Heidelberg und sang in den folgenden Jahren u. a. Adele, Zerlina, Gretel, Susanna, Sophie, Zdenka, Musetta und Sophie Scholl. Nach der Spielzeit 1997/1998 wechselte Brigitte Geller an die Komische Oper Berlin, der sie seitdem als Ensemble-Mitglied angehört. Sie sang in den folgenden Jahren in bedeutenden Inszenierungen u. a. Marzelline, Susanna, Sophie, Asteria und Morgana, Pamina, Mimi und Violetta. Außerdem sang sie die

Marzeline in der Urfassung des Fidelio in Wien, die Frau in Schönbergs „Von heute auf morgen“ im Teatro La Fenice sowie die Konstanze in Basel.

Neben ihrer Tätigkeit als Opernsängerin ist Brigitte Geller als Konzertsängerin auf großen internationalen Bühnen und Festivals präsent. Gemeinsam mit dem Pianisten Ulrich Eisenlohr nahm sie Lieder von Schubert auf (CD Schubert´s Friends bei Naxos).

Brigitte Geller wurde am Klavier begleitet von Ulrike Sosa.